

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Dienstag, den 17. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Grundsätze — je nachdem.

In Berlin hat dieser Tage die Freisinnige Volkspartei ihren Parteitag abgehalten. Sein Verlauf bewies, wie vorteilhaft es ist, wenn eine politische Partei Grundsätze hat. Sie ist dann in der angenehmen Lage, bald sich auf ihre Grundsätze zu stützen, bald wiederum das Festhalten an den Grundsätzen für „unpraktischen Doktrinarismus“ zu verwerfen — je nachdem es gerade zu den „staatsmännischen“ Absichten der Führer paßt. Das wäre natürlich ganz ausgeschlossen für eine Partei, die gar keine Grundsätze hat.

Bekanntlich findet der freisinnige Parteitag unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. So ist man auf die vermutlich amtlich abgestempelten Berichte der freisinnigen Presse angewiesen. Die haben sonst nicht viel Wert, aber sie lassen doch die Nutzenwendung zu, die wir eben gezogen haben.

Am Freitag wurde die Blockpolitik verhandelt. Andere Leser kennen den bisherigen Verlauf dieser Sache. Wie schon wiederholt in den Jahrzehnten seiner Existenz, so hat auch bei der letzten Reichstagsauflösung der Liberalismus sich der Regierung für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt, in der Hoffnung, dadurch einige Konzessionen für seine Bestrebungen zu erlangen. Genau wie in den 50er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist diese Hoffnung auch diesmal wieder — bisher wenigstens — enttäuscht worden. Darob erhob sich Murren unter der liberalen Gefolgschaft, man wollte nun endlich einmal Erfolg sehen, Raumann machte sich zum Stabstrompeter dieser Richtung und blies im „Berl. Tageblatt“ keck zum Angriff behufs Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag. Ihm sekundierte Albert Träger, heute der angesehenste Veteran innerhalb der Freisinnigen Volkspartei.

Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag, Ausdehnung desselben auf die Landtagswahlen der Einzelstaaten.

Dazu hat Albert Träger nachgewiesen, daß gerade in der gegenwärtigen Situation jedes Zurückweichen, jedes Begnügen mit einer Halbheit schlimmer ist, als wenn man an der ganzen Frage gar nicht rührt. Denn wenn z. B. die preussische Regierung heute ein Wahlrecht gewährte, das nicht ganz so schlimm ist, wie das gegenwärtige, aber doch noch lange nicht das verlangte demokratische — also wenn sie z. B. das preussische Wahlrecht zu einem allgemeinen und vielleicht auch noch direkten machte, aber die Ungleichheit und die öffentliche Stimmabgabe bestehen ließe — dann würde sie hinterher erklären: nun seien „liberale Konzessionen“ in Hülle und Fülle gemacht, der Liberalismus habe das ja durch seine Zustimmung selber anerkannt, und für die nächsten 50 bis 100 Jahre werde unter keinen Umständen mehr am Wahlrecht gerüttelt. Dann wäre also das Wahlrecht, das man beseitigen will, erst recht fest verankert.

Daß das allgemeine u. Wahlrecht zu den grundsätzlichen Forderungen des Freisinnigen gehört, kann nicht zweifelhaft sein. Freilich kann man darüber streiten, was denn überhaupt unter freisinnigen Grundsätzen zu verstehen sei. Aber die Partei selbst versteht darunter alles das, was in ihrem jetzt gültigen Eisenacher Programm vom Jahre 1894 festgelegt ist. Und dort steht klar und deutlich unter Nr. 1, b):

Diese höchst einfache und von dem hochangesehenen Albert Träger verfochtene Logik hinderte aber nicht, daß auf dem Parteitag der Abgeordnete Fischbeck kühl erklärte:

„Wenn wir ein Stück bekommen, so ist es unsere Aufgabe, dahin zu arbeiten, mit Hilfe dieses Zugeständnisses mehr zu bekommen. . . . Nehmen Sie die Versicherung mit: keiner von uns in der Landtagsfraktion denkt daran, auch nur ein Stück des Programms aufzugeben. Aber wenn wir nicht das Ganze kriegen können, wenn wir etwas erhalten, dann wollen wir es annehmen.“

Und Herr Müller-Sagan meinte:

„Nichts wäre verkehrter als zu sagen: entweder alles, oder wir lassen die ganze Blockpolitik fahren.“

In dem Bericht ist dann noch kurz die Rede von einem Schlüsselwort des Herrn Fischbeck und von der Annahme eines Antrages Müller-Sagan. Wo aber ist bei dieser Diskussion Herr Träger geblieben? Anwesend war er auf dem Parteitag, denn er hat zu einem andern Punkt referiert. Aber bei der Debatte über das Wahlrecht ist von ihm nicht das allerschönste kleine Wortlein verzeichnet. Hier, wo es gilt, einen in der Presse verteidigten Standpunkt praktisch durchzusetzen, da hat er mucksmäuschenstill geschwiegen! Selbstverständlich läßt das nur eine Deutung zu: man

hat vorher in vertraulichen Verhandlungen Herrn Träger den Mund gestopft, jedenfalls durch Hinweis auf Vorbesprechungen mit der Regierung, über die Herr Wiemer allerhand dunkle Andeutungen machte. So wurde erreicht, daß der grundsätzliche Standpunkt des Liberalismus auf dem Parteitag überhaupt keinen Vertreter fand.

Wer nun aber aus diesen Vorgängen schließen möchte, daß Grundsätze für den Freisinn doch eigentlich ein ganz überflüssiger Ballast seien, der ihm höchstens ab und zu Unbequemlichkeiten verursacht, der würde sehr irren. Der Freisinn braucht seine Grundsätze: Wie und wozu, das bewies er gleich im Verlauf derselben Tagung. Am Sonnabend nämlich hatte man die — Arbeiterfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Der fassam bekannte Herr Goldschmidt befürwortete eine ellenlange Resolution, und dann — ja, dann trat ein Herr Pitsch aus Dresden auf und forderte,

„daß der Parteitag sich für den allgemeinen 10stündigen Maximalarbeitsstag aussprechen solle.“

Na, dem ist es schön ergangen! Mit Wucht erhob sich der Abgeordnete Euno aus Hagen zu folgender Prinzipien-Erklärung:

„An alle Anträge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter müssen wir vom Standpunkt unseres Gesamtprogramms herantreten, und da scheidet uns eines von Zentrum und Sozialdemokraten: wir wollen nicht die Arbeit durch Gesetzgebung und Verordnungen reglementieren, mit diesem System wird viel Schaden gestiftet. Wir wollen den Arbeitsvertrag freigestalten. . . . Die gesetzliche Festlegung des 10stündigen Arbeitstages für männliche Arbeiter ist geradezu ein Hemmnis für die Arbeiter, mehr zu erreichen.“ (Lebhafte Beifall.)

Damit war das Schicksal des Antrags entschieden. Herr Müller-Sagan führte aus: Wer solche Anträge vorhat, der solle sich doch vorher mit der Parteileitung ins Benehmen setzen, in vorgerückter Stunde könne man so wichtige Dinge nicht erledigen. (Zustimmung.) Der Hirsch-Dunker'sche Gewerkvereinssekretär Behler aus Magdeburg protestierte gegen diese Abschachtung mit den Worten: „es müsse noch Zeit sein, solche Fragen zu behandeln, man solle die Erwartungen der Arbeiter nicht täuschen.“ Aber das half nichts. Nach ihm kam nur noch der seit der letzten Wahl bekannte Kommerzienrat Rang zum Wort, der sich gegen eine gesetzliche Festlegung des 10stündigen Arbeitstages für alle Arbeiter wandte. „Wozu sollte man eine gefährliche Gleichmachelei treiben, die an das sozialistische System erinnere!“ Dann wurde Schluß der Debatte gemacht und der Antrag Pitsch „dem geschäftsjührenden Ausschuss zur weiteren Bearbeitung überwiesen.“ Wer wollte zweifeln, daß der ihn gehörig „bearbeiten“ wird!

Wir fragen: wie hätte der Freisinn so schnell und elegant die lästigen Wähler Pitsch und Behler zum Schweigen bringen können, wenn er keine Grundsätze hätte? So aber gleicht er einem Stehaufmännchen, das immer auf die Beine fällt. Verlangt jemand eine entschiedene Tat für die Arbeiter, so schreit der Freisinn: das verstößt gegen meine Grundsätze! Verlangt man aber wiederum das volle demokratische Wahlrecht, weil alles andere gegen die freisinnigen Grundsätze verstößt, dann wandern die Grundsätze in den Glaschrank. Grundsätze — je nachdem.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Norderneyer Kulissenpolitik.

Fürst Bülow erhält sich immer noch in Norderney. Und daneben läßt er sich fortgesetzt die Pflege seines Paarungs-Kreises angelegen sein. Er rief, und alle, alle kamen sie die Blockgrößen. Von den Freikonserverativen Herr Gamp, als Vertreter der Antisemiten Herr Liebermann von Sonnenberg, der Führer der Nationalliberalen Herr Bassermann, für die freisinnige Volkspartei die Herren Schmidt-Eberfeld und Kämpf, für die süddeutsche Volkspartei Herr v. Payer. Setzt erzählt das „Berl. Tagebl.“, daß sich am Freitag auch der Abgeordnete Schrader, der Vorsitzende des „Wahlvereins der Liberalen“, auf eine Einladung des Reichskanzlers zum Zweck politischer Besprechungen nach Norderney begeben hat. Auch die freisinnige Vereinigung, die bei den Blockparteien im Verdacht einer besonders hartnäckigen Renitenz stand, soll von den Konferenzen auf Norderney nicht ausgeschlossen werden.

Dabei zweifelt das Blatt keinen Augenblick, daß seine Liste nicht vollständig sei. Vor allem dürfte das Kontingent konservativer Parlamentarier sehr viel stärker gewesen sein, als es nach dieser Aufzählung scheinen könnte.

auch wenn man berücksichtigt, daß Fürst Bülow sich ohne Schwierigkeit in die Seele konservativ-agrarischer Politiker hineinzuversetzen vermag.

Natürlich ging es in der Rede Müllers-Meinungen, der bei den liberal-konservativen Paarung ganz die scharfmacherischen Allüren der anderen Ehehälfte angenommen hat, auch nicht ab ohne diverse Hiebe auf die böse Sozialdemokratie. Und in dieseibe Kerbe schlug Herr Carstens aus Elmshorn, der meinte: Raumann und Barth hätten mit ihrer Zuneigung zur Sozialdemokratie keinen Boden in der Freisinnigen Vereinigung. Es gelte, der großen Aufgabe des Kampfes gegen Zentrum und Sozialdemokratie gerecht zu werden unbeschadet kleiner Differenzen.

Hitziger noch leuchtete die Blockwonne-Sonne aus der Rede des Abg. Wiemer, der zu Beginn seines Referats über die Blockpolitik meinte, solle die Blockpolitik erfolgreich sein, so werde man gut tun, nicht zu reden, sondern zu handeln, der dann aber dies ganze Handeln in der Norderneyer Hintertreppen- und Kulissenpolitik, die wir in den letzten Tagen mehrfach gekennzeichnet haben, kondensiert sah und den vertrauensseligen Parteitag mit allerhand mystischen Andeutungen über diese Politik haranguierte. „Zur Zeit schweben Verhandlungen“, führte er aus, „und ich kann nur eins sagen, daß die Freisinnige Volkspartei über den Gang der Dinge unterrichtet ist und zweifellos besteht bei der Reichsregierung das ernstliche Bestreben, den liberalen Anschauungen möglichst entgegenzukommen.“ Und als der Delegierte Eggers-Kostock folgenden Antrag des Wahlkreises Rostock-Doberan

Nachdem die Blockpolitik des Reichskanzlers den berechtigten Wünschen des Liberalismus so wenig Rechnung trägt, ist es wünschenswert, daß die Fraktion der freisinnigen Volkspartei innerhalb der Fraktionsgemeinschaft der Liberalen darauf hinwirkt, daß die Politik des Abwartens aufgegeben wird, und daß energische Forderungen nach wirklich liberalen Gesetzes-Vorlagen erhoben werden“

begründete und dabei sagte: wir fordern insbesondere ein freihandliches Vereins- und Versammlungsrecht! da rief ihm Herr Wiemer zu: „Dann werden Sie Ihre Freude haben!“

Der Parteitag täuschte die Erwartungen der Führer auf die Vertrauensseligkeit der Delegierten nicht. Der Rostock-Doberaner Antrag wurde zurückgezogen und ein Antrag Wiemer einstimmig angenommen:

„Die freisinnige Volkspartei erstrebt, getreu dem Eisenacher Programm von 1894, die Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands, den Ausbau der politischen Freiheit und die Hebung der Wohlfahrt des gesamten Volkes. Die Partei ist bereit, wie bisher, die gesetzgeberischen Maßnahmen zu unterstützen, die in der Richtung ihrer Forderungen liegen, um mit anderen politischen Parteien zur Bekämpfung gemeinsamer Gegner zusammenzuwirken. Für ein solches Zusammenwirken ist Voraussetzung, daß die grundsätzlichen Anschauungen der Partei gewahrt und die Forderungen ihres Programms zur Geltung gebracht werden.“

Geduldigere Bundesgenossen in seiner volksausbeuterischen Politik kann sich der Norderneyer Badestrandpolitiker gar nicht denken, als diese grimmen Wasserstiefel Freisinnigen.

Ede mit den Entschuldigungszetteln.

Eduard von Liebert, der sich durch seine Agenten glücklich ein Reichstagsmandat zusammengelogen hat, ist anscheinend schon wieder das Herz in die Hose gefallen. Er hat der „Post“ folgenden Entschuldigungszettel zur Veröffentlichung gesandt:

„Das Berliner Tageblatt“ hat sich seit dem Münchner Petersprozeß häufig mit meiner Person beschäftigt. Ich verweise anstatt jeder Entgegnung auf die bei Schwelbisch u. Sohn erschienene Schrift: Die Disziplinarurteile gegen Dr. Karl Peters. Eine sachliche Kritik von Dr. W. Rosenthal. In der Abendausgabe vom 11. September hat das „B. Z.“ mir einen Leitartikel gewidmet, weil ich in Wiesbaden auf dem Alldeutschen Verbandstage bei Erörterung der Polenfrage gesagt habe: „In der Politik geht Macht vor Recht.“ Leider hat das „B. Z.“ vergessen, hinzuzufügen, daß ich mich dabei auf die Aussprüche zweier Professoren der Jurisprudenz an der Berliner Universität berief, die mir vor zwei Jahren folgendes schriftlich bestätigten:

1. Macht geht nicht vor Recht, sondern das höhere materiale Recht der Nation geht vor dem formalen, in Buchstaben verfaßten Recht.“

2. „Der nationale Machtgedanke kann und muß teilweise das Recht umformen.“

Ich glaube, beides drückt den obigen Gedanken aus. Da beide Herren jetzt verstorben sind, kann ich ihre Namen augenblicklich nicht nennen.

v. Liebert, Dr. d. R.“

Dieser Entschuldigungszettel ist ebenso originell wie der in der Schandfleck-Sache. Damals erklärten Eggenberg wie ein Schulbube: Ich habe mich verplappert; es war wirklich nicht so böse gemeint; die Junge ist mit durch-

gegangen! Und heute sieht er wieder da wie ein erlappter
Daumenlutscher und verkrücht sich hinter den Frackschößen
zweier beiläufiger Professoren, deren Namen er nicht ein-
mal nennen kann. Welch ein Feldherr!
Liebert wird noch einmal populär werden als der Ede
mit den Entschuldigungszetteln!

Die Wasserstiefel-Freimütigen schwimmen in Blut-Wonne.

Auf dem Parteitag der Freimütigen Volkspartei
sprach der Abg. Müller-Meinungen über liberale
Einigungsbestrebungen und pries den „libe-
ralen Block“, der im liberal-konserverativen Block sich seinen
Einfluß auf die Reichsgeschäfte schon erkämpfen werde.
Und da das nichts ist, als ein sehr zweifelhafter Wechsel
auf die Zukunft, forderte er Vertrauen, Vertrauen und
nochmal Vertrauen. „Man muß“, sagte er, „ein gewisses
loyales Vertrauen in diejenigen Vertreter der Partei be-
sitzen, die den Forderungen der Situation am nächsten
stehen, und die die volle Verantwortung für ihre Taktik
übernehmen. Es mutet uns niemand das geringste Opfer
an unseren programmatischen Leitfäden zu. Wir haben
die Politik der freien Hand und gebrauchen sie auch. In
wirtschaftspolitischen und anderen Fragen geht jeder seinen
Weg wie bisher: Wir suchen lediglich das große Ziel der
Ausschaltung der Zentrumspartei von der Regierung zu
erreichen mit dem Streben nach einem positiven Erfolg in
der Richtung unserer liberalen Weltanschauung. Das ist
klare Politik.“

Klar ist diese Politik allerdings. Nur höchst unklar
ist, was dabei herauskommen soll für die Allgemeinheit.
Was nützt es dieser, wenn die Freimütigen ihre Leitfäden
im Programm erhalten und in ihrer politischen Tätigkeit
denjenigen schnurstracks entgegenarbeiten! Nur ein Blinder
kann solchen Politikern Vertrauen entgegenbringen.

In jedem Falle ist Fürst Bülow jetzt im Begriffe, aus
den zahlreichen Unterredungen mit den Vertretern der
Blockparteien das Ergebnis zu ziehen. Sind doch auch
die für die politischen Aufgaben des kommenden Winters
besonders in Betracht kommenden Männer, nämlich der
preussische Minister des Innern Graf Moltke, sein Vor-
gänger, der jetzige Staatssekretär des Innern v. Beth-
mann-Hollweg, sowie der Einweisker der Block-
parteien, der Unterstaatssekretär v. Loebell, in Nord-
ney eingetroffen. Sie sollen die Möglichkeiten der liberalen
Zugehörigkeit erörtern und sich über die Diagonale klar
werden, die aus den widerstrebenden Wünschen der einzelnen
Parteien gezogen werden muß.

Ganz sicher hat Fürst Bülow den Block-Vertrauens-
männern Discretion zur Ehrenpflicht gemacht. Aber
man weiß doch, um welche Hauptfragen sich die Verhand-
lungen gedreht haben. Offen heraus sagt das „Berl.
Tagblatt“, das ohne Zweifel trotz Discretion schon
eingermessen informiert ist: Fürst Bülow hat jeder ein-
zelnen Partei einen mehr oder weniger schmackhaften
Köder hingeworfen, um sie von der Notwendigkeit
einer Fortführung der Blockpolitik zu überzeugen. Dabei
kam es ihm naturgemäß zu Herzen, daß sich das Zentrum
für alle Wechselfälle bereit gestellt hat. Weiß es doch nur zu
gut, daß den Konserverativen die Intimität mit den Frei-
mütigen wider den Strich geht, und daß sie je eher je
lieber mit dem Zentrum anbandeln möchten. Auch dem
Zentrum ist es in der Oppositionsstellung keineswegs be-
günstig; es macht offenbar sehr unangenehme Anstrengungen,
wieder als liebes Kind in die Arme der Regierung auf-
genommen zu werden. Die plötzlich erwachte Flottenbe-
geisterung des Abg. Ewald war jedenfalls nicht ohne
Bedeutung hervorgerufen.

Das „Berliner Tagblatt“ meint nun, Bülow wisse auch
sehr gut, daß sich eine solche Einmischung, die zur kon-
servativ-klerikalen Paarung zurückzuführen würde, über seine
Person hinweg vollziehen müßte. So verbinde ihn ge-
rade mit dem linken Flügel des Blocks ein hartes per-
sönliches Interesse, auch wenn er im Herzen Agrierer ist
und blüht. Was ist unangenehmer, als daß er seinen Kö-
der gerade nach den liberalen Parteien auswirft,
um sie für den Block, wie er ihn versteht, zu gewinnen?
Es kommt nur darauf an, ob die liberalen Parteien
auf den Köder anbeißen werden.

Koloniale Kriegshetze.

Die „Ahrnisch-Berlinerische Zeitung“,
das Organ der Kolonnen- und Panzerpläne-Propa-
ganda, heugt die Werbung zum Sommerfeldzug der
kolonialen Kolonne von Afrika in das Innere von Marokko,
um die deutsche Regierung zu einem kriegerischen Vor-
gehen gegen Marokko anzuregen. Das Blatt meint,
es wäre ein kläglicher Rückschlag der deut-
schen Regierung, wenn sie Frankreich in
Marokko frei schalten lasse. Wünschenswert
sei eine Protestnote, die durch Entsendung eini-
ger Kriegsschiffe in die Häfen der marok-
kanischen Seehäfen ein entsprechendes
Nachdruck zu geben sei. — Wie viel Prozent
wären an dieser „Aktion“ die Hauptkräfte der „A.-B.
Bl.“ beteiligt?

Die Ovambo-Frage.

In einflussreichen kolonialen Kreisen
beht Stimmung dafür, die Ovambo-Frage für Schwere-
punkte der Verhandlung anzustellen. Das Echo-Blatt
magte nachdrücklich Stimmung dafür, daß Deutsch-
land mit Portugal gemeinsam gegen die
Ovambo vorgehe. Die portugiesische Expedition ist
aber bereits im Gange, wie folgende Mitteilungen
der „Berliner Nachrichten“ bezeugen:

„Am 1. d. M. in der Mittwoch-Abendversammlung
bestimmte, daß der Ovambo-Krieg der Ovambo-
krieg der Ovambo-Krieg zwischen dem neuen portugiesischen
König Luongo und dem Kaiser erlöschend oder an-
strengend sei, und ihre Bestätigung in neueren,
in Silhobau eingetroffenen offiziellen
Telegrammen aus Angola. Demnach ist der
Ovambo-Krieg zwischen dem Kaiser und dem
Ovambo-Krieg bereits am 1. d. M. unterbrochen ge-
worden, in dem neuen Kaiserreich durch deren Über-
nahme werden müssen. Der Kaiser Luongo, dessen
Krieg am 2. August nach dem Kaiserreich (Luongo)
bestimmte wurde, ist am 4. September fertig gestellt, doch
hat er in dieser Periode nach dem
Ovambo-Krieg der Ovambo-Krieg nach dem
Ovambo-Krieg, so der Kaiser Luongo

fortwährenden Angriffen der Ovambo
ausgesetzt ist, wozu ein am 5. September
unvollkommener Angriff zwei Stunden dauerte.
Infolge dieser Ovambo-Angriffe hatten die
Portugiesen eine Einbuße in Angola von
19 Toten und 53 verwundeten weißen Sol-
daten (bei Muffiko bereits 10 tote und 29
verwundete) und von 4 Toten und 39 verwun-
deten schwarzen Soldaten (bei Muffiko be-
reits 3 tote und 19 verwundete), ein Beweis von
der Hartnäckigkeit der Angriffe der Ku-
matas, denen sich wahrscheinlich auch wieder, wie im
letzten Februar, Kuambis angeschlossen haben.“

Der portugiesische Ovambo-Feldzug ist also bereits
mit aller Schärfe entbrannt. Mit einer Schärfe, die
unseren Ovambo-Kriegshehnen alle Lust zu einem
Ovambo-Feldzug verleidet sollte!

Haben doch die portugiesischen Truppen in nur zwei
Gefechten bereits äußerst schwere Verluste erlitten: 36
Tote und 140 Verwundete. Dabei handelt es sich
bis jetzt erst um die ersten Plänkelleien, da ja
die entscheidenden Gefechte noch bevor-
stehen!

Die deutsche Öffentlichkeit hat also alle Ursache, alle
Aktionen der deutschen Regierung aufmerksam zu über-
wachen!

Eine neue Hottentotten-Bewegung?

Vollkommen zuverlässigen Nachrichten zufolge, die
direkt von der Grenze eingetroffen sind, scheint der Friede
von Deutsch-Südwestafrika durchaus nicht gesichert. Eine
jorgfältige Überwachung Morengas ist
notwendig. Zahlreiche Eingeborene diesseits der
Grenze sind ihren Herren entlaufen und haben teilweise
eine Anzahl Kleinvieh mitgenommen. Ein bekannter
Transportunternehmer ist von Warmbad zu Pferde in
Upington angelangt. Seine Mitteilungen lauten bedenklich.
Die eingeborenen Wagentreiber lassen ihre Herren im
Stich, um Morenga zuzulaufen. Die ganze Hottentotten-
bevölkerung ist auf den Wiederbeginn des
Krieges begierig. Bei Haijur ist alles ruhig.
Bis der Regen im November fällt, ist nichts zu befürchten.
Die Bastards diesseits der Grenze leisten den Hottentotten
Beistand. Die Kappolizei ist zu schwach, um kräftig da-
gegen wirken zu können. — Keine Ausflüchte!

Zus Herrenhaus

berufen wurde der langjährige Oberbürgermeister von
Köln, Becker, der bekanntlich nach 21jähriger Amts-
dauer aus seinem Amte scheidet.

Dementiertes Gerücht.

Das Gerücht, daß für Kamerun eine „Reserve“
in Aussicht genommen worden sei, wird offiziös für unbe-
gründet erklärt. — Auf derartige Dementis ist bekanntlich
nicht viel zu geben.

Finland.

Die Zwanzigmillionen-Militärsteuer. In einer langen
Sitzung, die bis tief in die Nacht dauerte, beriet am
10. Senat die finnische Volksvertretung über die wichtige
Frage der Militärsteuer. Die jetzige Regierung an der
Spitze steht nicht weniger als Geld, und der
finnische Senat, mit dem von Vobrisen des Landes ver-
ordneten Senator Machelin an der Spitze, ist geneigt,
die Millionen weiter zu zahlen, ja er sieht diese
Militärsteuer als eine Garantie für seine Regie-
rung an.

Es besteht darüber gar kein Zweifel, daß Finland
immer tiefer der Reaktion entgegenreife. Seit mehr als
einem Jahre häufen sich die Beweise dafür täglich. Die so-
genannten „Konstitutionalisten“, d. h. die Soemanen
und die Kangrinen, die ehemals der Regierungspartei
gar nicht genug opponieren konnten, haben alles „vergessen“
und versuchen es der Reaktionsregierung in Punkt Reaktion
noch zu überlegen.

Dabei können die Vertreter dieser Parteien in ihren
Reden die Zukunft Finlands nicht dunkel genug ausmalen
für den Fall, daß die Volksvertretung die Millionen etwa
nicht bewilligen wollte. Die Auslösung der Volksver-
tretung würde die unausbleibliche Folge sein und Rußland
würde Finland mit einer Gewalt Herrschaft überziehen,
welche die Vobrisen noch in den Schatten stellte. Die Be-
willigung der 20 Millionen bedeutet also gleichsam eine ver-
hältnismäßig geringe Summe zur Sicherung einer
ruhigen Entwicklung Finlands. — Einer bürgerlichen
Frau, der Abgeordneten Reevins, blieb es vorbehalten,
dieser Einschüchterungsmethode zu begegnen, und sie sagte,
daß es doch Männern nicht ziemt sollte, auf ihre Kollegen
dadurch einzuwirken zu wollen, daß sie ihnen in den dunkelsten
Harten ausmalen, wie die Reaktion im Lande sich breit
machen würde, falls man die 20 Millionen nicht bewilligen.
Die Volksvertretung wäre nicht der Ort, wo man mit
Mitteln, die in die Kinderstube rückständiger Mütter
gehören, argumentiere!

In Anfang der Beratung gab übrigens der Vizepräsi-
dent des Senats — der Präsident ist der Generalgouverneur
— Senator Machelin einige Erklärungen darüber ab,
welche Schritte der Senat in der Militärfrage getan und
nehmen wird. Die Schritte der Senatoren blieben leer,
wie immer. Es hat wirklich bald den Anschein, wie eine
Sitzung der Regierungspartei sich kürzlich ausdrückte:
Die Volksvertretung sei ja eigentlich eine Spielerei!
Gewalt ist eine starke Regierung, das bedeutet:
ein möglichst einseitiger Senat! — Geht es also nach
dem Sinne der Konstitutionalisten, so ist Finland von einer
wirklich parlamentarischen Verwaltung noch
fern.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich vor-
genommen, hauptsächlich in der letzten Sitzung der Ver-
sammlung in die Diskussion einzugreifen, nachdem die bürgerlichen
Parteien einander die Haare gerupft und den Beggefeunden,
nach der Regierung zu rufen zu setzen. Aber es waren nun
doch mehrere Generale an, um zu zeigen, wie widersinnig
das Schimpfen der bürgerlichen Parteien ist, da sie doch
alle einschließen sind, die Millionen zu bewilligen!
Wie besonders Jaane bewies Senator Strota den Konsti-
tutionalisten Espbergson und Reevins, wie scham-
los sie doch seien, wenn sie die „Rufe“ Finlands
durch die Bewilligung der Millionen erlöschend zu können
glücken.

Als Senator Santteri Ruorteva hat in der Nacht
zum Werk mühte und den Senator der Fraktion
klar ausmalte, herliche im Saale eine herrliche Stelle,
und der Präsident der Volksvertretung hielt seinen Ord-
nungshüter (das Redebüro) regieren Hammer träftigst
Glocke, sondern mit einem hübschen Hammer träftigst
hast anzuhalten, damit er die Rede „nachträglich“ unterbrechen
kann. Doch es kam dazu nicht, während, weil der Präsi-
dent selbst ein herrlicher Gegner der St. Petersburgs Regierung
ist. Da er aber einmal geschwiegen hat, die Rechte

des Großflüßes zu wahren, mußte er nur doch aufpassen,
daß Genosse Ruorteva in den „zulässigen“ Grenzen ver-
blieb. Ruorteva sagte etwa folgendes:

Ich will weniger die rechtliche als die faktische Seite
der Frage berühren. Tatsache ist, daß wir unsere Freiheit
— wenn wir den gegenwärtigen Zustand noch so nennen
können — nicht der Gnadenjonne der zarischen Regierung,
sondern der russischen Freiheitsbewegung zu
verdanken haben. Das Geld, welches wir jetzt bewilligen
sollen, würde der russischen Regierung die Möglichkeit ver-
größern, gegen den Freiheitskampf in Rußland noch
fürchterlichere Mittel zu gebrauchen. Wir wären höchst un-
dankebar gegen diese Helden, die ihr Blut für das höchste
Gut der Nationen Rußlands verpriesen haben, und wir wür-
den sie verraten, wenn wir die Mittel der zarischen Re-
gierung durch unsere Bewilligung vergrößern wollten. Es
ist daher ganz selbstverständlich, daß wir das nicht
tun werden. Die Konstitutionalisten, die ehemals sehr
kampfbereit waren, sind jetzt ängstlich; sie haben die Regie-
rung zu verlieren! Sie fürchten die Reaktion, aber wir
sorgen schon tief darin, und die Regierung der Konsti-
tutionalisten führt uns täglich tiefer hinein. Kommt
es zur Auflösung der Volksvertretung,
so wollen wir sie mit 20 Millionen nicht zu
erretten suchen, es wäre auch ganz vergeblich, da die
heutige Vorlage gar nicht der einzige Punkt von
unseren Beschließungen ist, der den Gewalthabern an der
Neva nicht gefällt. . . . Unsere Lage ist jetzt weit weniger
hoffnungslos als während der Vobrisischen Ära. Damals
suchten die Konstitutionalisten das Volk zum Kampfe zu er-
wecken, weil die Gewalthaber Grundgesetze verletzt hatten,
die dem Volke zum großen Teil unbekannt waren. Das
Volk konnte sich also für Sachen, die ihm unbekannt waren,
nicht begeistern. Heute ist das Volk bereits viel aufgeklärter
in politischen Dingen, es hat schon eine bedeutende politische
Tat hinter sich, die von Erfolg gekrönt wurde und die zu
ähnlichem anspornt. Und die Forderung von 20 Millionen
ist klar und allen deutlich. Diese Millionen sollen aus den
Mitteln des finnischen Volkes entnommen werden. Das
versteht der schlichteste Mann aus dem Volke. Wir
können also ganz gewiß sein, daß das Volk mit uns ist,
wenn wir Nein sagen. Jeder weiß, daß das Volk auch
heute mit weit größerem Interesse auf seine Vertretung sieht
und sehr unzufrieden mit seinen Vertretern sein würde, wenn
hier die Erwartungen des Volkes verraten würden. . . .

Die Bürgerlichen sagten dem Genossen Ruorteva
nach seiner Rede „privat“, daß sie ja eben so dächten, aber
es ginge doch nicht an, das öffentlich auszusprechen! Was
würden die Feinde Finlands in der russischen Presse
sagen?“

Die zweite Lesung konnte noch keine Entscheidung brin-
gen, und die Vorlage wurde an einen Ausschuß verwiesen.
Unsere Genossen glauben jedoch, daß sie fallen wird; denn
die Sozialdemokraten (80) und der Bund der Kleinbauern
(11) werden ja wohl geschlossen dagegen stimmen, und
sie dürften dabei einige radikalere Bürger auf ihrer Seite
haben.

Aßen.

Neue Unruhen in China.

Aus Hongkong.
16. September, wird gemeldet: Ein hartnäckiges Ge-
fecht von zwölfstündiger Dauer fand bei der Stadt Ling-
shan, zur Präfectur Jungshan in der Provinz
Kwangtung gehörig, statt. Die kaiserlichen Ver-
stärkungen marschierten 60 Meilen von Kwangsi und ent-
setzten schließlich die Stadt. Die Auführer, die mit mo-
dernen Waffen versehen waren, schnitten die Telegraphen-
leitung entzwei. Es heißt, die Führer seien Auswanderer,
die aus den Straits Settlements und Annam zurück-
kehrten, woher sie ihre militärische Ausrüstung mitbrachten.
Kanonenboote patrouillieren die Küste ab, um den
Schmuggel zu verhindern.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 17. September.

b. Die Bürgerchaft war am Montag morgen zu einer
Sitzung zusammengetreten, um eine handwurmartige Tages-
ordnung zu erledigen. Es war von vornherein klar, daß eine
solche Arbeit nicht bewältigt werden konnte, es sei
denn, die einzelnen Tagesordnungspunkte würden über das
Maße gebrochen. Wie nicht anders zu erwarten war, blieb
eine große Anzahl unerledigt. Dafür wurden aber die durch-
beratenen Punkte einer gründlichen Prüfung unterzogen.
Das Resultat der angenommenen Umfrage entspricht jedoch
verhältnißmäßig nicht im entferntesten unseren Forderungen,
machte sich doch selbst bei einzelnen bürgerlichen Abgeord-
neten eine deutliche Opposition gegen die Senatsanträge be-
merkbar. Schließlich wurden sie aber doch mit zum Teil un-
wesentlichen Änderungen hinuntergeschluckt.

Die ländlichen Abgeordneten der Bürger-
schaft erhalten nun ihre längst geforderten 8 Mk. für die
Abendstunden mit einer Klausel für diejenigen, die am
selben Abend zurückfahren. Die Forderung Prof. Baerthez,
auch die hiesigen Bürgerchaftsmitglieder würden manchmal
durch ihre Tätigkeit in der Bürgerchaft zu besonderen Geld-
ausgaben gezwungen, bestätigt nur die Berechtigung unserer
Forderung, allen Bürgerchaftsmitgliedern Diäten zu be-
willigen.

Mit der Genehmigung des Senatsantrages betr. Maß-
nahmen zur Verwertung der Industrie-
ländereien hat sich die Bürgerchaft eines wichtigen
Rechtes ergeben, das im Grundprinzip dadurch nicht ge-
mildert wird, daß der Senat und die von ihm dazu einge-
setzte Kommission nur bis 1912 von dem eingeräumten Rechte
Gebrauch machen kann.

Von Genosse Wape wurde die verfassungsrechtliche
Frage trotz der Einwendungen vom Senatliche und von
Dr. Götz in Zweifel gezogen. Dr. Götz ließ bei dieser Ge-
legenheit zur besseren Begründung seiner Anschauung durch-
blicken, der Senatsantrag sei genau nach Hamburger Muster
angefertigt, welches Eingeständnis uns natürlich für die Sache
erst recht nicht ermuntern kann. Genosse Wape wies noch
darauf hin, daß die Verzögerung bei den Verhandlungen
über die Verkäufe nicht in der Bürgerchaft, sondern in den
Kommissionen um. liege. Schulmerich und v. Schaaf
wünschten, die Bürgerchaft möge wenigstens vor dem definiti-
ven Verkauf gehört werden. Das Bürgerchaftsmitglied
Glasau bekannte sich zu unbegrenztem Vertrauen zur
Senatsvorlage und gab die verfassungsrechtlichen Bedenken
ohne Sturm preis.

Die Bürgerchaft in ihrer Mehrheit huldigte durch die
Annahme des Antrages denselben Anschauungen. Für die
Arbeiter und für deren gute Wohnungen, die eventuell im
Wage des Erbbaurechts hergestellt werden sollen, legten sich
Klein, Schulmerich, Dr. Götz und Steuder ins
Zeug. Die Ansicht, daß tüchtigen Arbeitern, die sich selbst
bleiben sollen, vor allem günstige Wohnungsbedingungen
gestellt werden müssen, ist zu unserer Freude weit verbreitet,
und wenn der Antrag Bischoff später zur Beratung stellt,
wird er hoffentlich nach den wohlwollenden Worten der
Herren auch Annahme finden. Wagt der Senat die be-
merkenswerten Anträge dann noch mit gutem Beispiel in Bezug

auf die einzuhaltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen voran, wird es an tüchtigen Arbeitskräften für die werdende Industrie nicht fehlen. Wir sind nicht so schadenfroh, um aus den betriebliehen Vorkommnissen, die sich nach Angabe verschiedener Bürgerchaftsmitglieder im neuen Industrieviertel ereigneten, zu schlussfolgern, diese Ereignisse hätten den Heeren eine solche Erkenntnis aufgezwungen; im Gegenteil, wir werden kräftig mitarbeiten, um einen tüchtigen, seinen Pflichten und Forderungen bewußten Arbeiterstamm heranzubilden. Nach den Mitteilungen Dr. Ziehls soll in den Schlutuper Wäldern keine Frau und kein Kind mehr allein spazieren gehen können, die Travemünder Chaussee für einzelne Passierer abends unsicher und diese Angriffe ausgelegt sein. Herr Klein berichtete von Dummerstorf und Küchlich ähnliche, und Dr. Borch führte diese überfälle, denen sogar Schulkinder ausgeführt sind, auf die aus allen Himmelsgegenden zusammengewürfelten Gelegenheitsarbeiter zurück, denen gegenüber er febhafte Arbeiter angefordert wissen will.

Genosse Th. Schwarz bemängelte bei der Vorlage über die Pachtung und Verpachtung des Stadthallentheaters die magere Berichterstattung, sowie, daß vom Staat eine Hypothek von 100 000 Mk. hergegeben werden soll. Letztere sei wohl der Anfang der Verstaatlichung des Stadthallentheaters. Die von Schwarz durch die Pachtung in Zweifel gezogene Förderung der Kunst durch Ausschließung der Konkurrenz wurde zwar vom Senatstische bestritten, beglaubigt ist sie dadurch jedoch nicht.

Die Beschaffung des Fundus im neuen Stadthheater gab Mühsam Veranlassung, die immer höher werdenden Kosten für den Neubau zu kritisieren und auch Genosse Schwarz konnte die Bürgerchaft daran erinnern, daß sie für seinen Ausführungen über die Kostenfrage vor zwei Jahren zu Unrecht gelacht habe, denn seine damalige Vorhersage sei nahezu eingetroffen und werde noch überschritten.

Eine besonders lebhafte Debatte zeitigte der Senatsantrag betr. die Erhebung eines Brückengeldes bei der Herrenbrücke. Rud. Thiel bezeichnete die Erhebung des Brückengeldes als Krähwinkel. Für die Leute, die die Brücke infolge ihrer Wohnungsverhältnisse passieren müßten, sei es eine Strafe, für die sie unschuldig büßten. Diese Last würde ihre Ungerechtigkeit verlieren, wenn der Staat sie durch die Allgemeinheit einzuziehen und auf sein Konto nehmen würde. Auch die Genossen Th. Schwarz und P. Wape stellten dahingehende Anträge, die aber abgelehnt wurden. Wape stellte fest, daß man mit der Heranziehung der Industrie großes Aufsehen mache, aber die Arbeiter, die man heranziehen wolle, wieder an ihrer schwachen Seite treffe. Wie recht unser Genosse hatte, zeigten die Beispiele, die Rud. Thiel und Dahms gaben. Ersterer führte einen Fabrikanten an, der jedesmal, um das teure Brückengeld zu sparen, sein Auto vor der Brücke halten lasse und den Weg zu Fuß gehe, während Dahms treuherzig erzählte, daß viele Leute — darunter er selbst mit Familie — bei Ausflügen die Brücke nicht passieren, weil 5 Pfg. pro Person zu teuer komme. Würde es nur 2 Pfg. betragen, könnte man sich den Luxus eher leisten. Diese kritischen Tatsachen vermögen der Leute beweisen, daß der Arbeiter mit dem Brückengeld zu Unrecht gestraft wird, aber der Senat ist für die vollständige Aufhebung nicht zu haben, und so bleibt es unter Hinzufügung einzelner Ermäßigungen, die Klein und andere Bürgerchaftsmitglieder stellten, bei der Senatsvorlage. Gegen 1/3 Uhr trat die Magenfrage in Erscheinung, und so mußten die weiteren Tagesordnungspunkte auf 14 Tage hinaus vertagt werden. Die Sitzung war verhältnismäßig gut besucht, die Tribünen nur von veranzelten Zuhörern besetzt.

Eine öffentliche Versammlung der in Buchbinderien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand hier Sonnabend statt. Über das Thema: "Wie verbessern wir unsere Lage?" sprach Gauvorsitzender Sönckens-Hamburg, 5 neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Warnung. Das mehrfache Auftreten von Typhus in letzter Zeit innerhalb der Stadt Lübeck, welches mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Genuß ungekochter Milch zurückzuführen ist, gibt dem Medizinalamt Anlaß, das Publikum vor dem Genuß ungekochter Milch hiermit wiederum eindringlich zu warnen.

Die **Magenkrankheiten der Säuglinge** sind in diesem kühlen Sommer erst verhältnismäßig spät als Todesursache zur Wirkung gekommen. In vielen deutschen Städten hat die Zahl der daran Verstorbenen erst in der Woche vom 25. bis 31. August die der Opfer der anderen Volkskrankheiten übertraffen. So starben daran in Berlin 88 Säuglinge, im ganzen 100 Personen, während an Tuberkulose 88 Personen starben, an den Krankheiten der Atmungsorgane 56, Keuchhusten 8, Kindbettfieber 7, Scharlach 6, Masern und Röteln 5, Diphtherie und Krupp 4, Typhus 4. An Magen- und Darmkatarrh sowie an Brechdurchfall starben sonst von den Städten mit mindestens 80 000 Einwohnern in Aachen 27, Altona 8, Augsburg 20, Bamern 12, Bochum 18, Bonn 8, Braunschweig 8, Bremen 5, Breslau 42, Rassel 14, Charlottenburg 7, Chemnitz 31, Köln 62, Krefeld 13, Danzig 13, Darmstadt 11, Dortmund 17, Dresden 18, Duisburg 26, Düsseldorf 25, Elberfeld 8, Erfurt 5, Essen 19, Frankfurt a. M. 10, Freiburg i. B. 6, Gelsenkirchen 22, Götting 8, Hagen 9, Halle a. S. 27, Hamburg 19, Hannover 21, Kiel 5, Königsberg i. Pr. 17, Leipzig 40, Linden 12, Lübeck 3, Magdeburg 24, Mainz 4, Mannheim 12, Mülhausen i. E. 9, Mülheim a. d. R. 4, München 42, Münster 2, Nürnberg 33, Posen 11, Rixdorf 13, Schöneberg 1, Stettin 23, Straßburg i. E. 14, Stuttgart 11, Wiesbaden 9, Würzburg 9.

Ein **schlagfertiger Bauer.** In der Ortschaft Häven, im Travemünder Winkel, wohnt ein Bauer, namens Karl Benthien, der es sich ansehnend zur Aufgabe gemacht hat, seine christliche Nächstenliebe dadurch zu bekunden, daß er die von auswärts herangezogenen Arbeitskräfte mit Schlägen traktiert. Aus diesem Grunde hatten dieser Tage ein Mann und ein Mädchen — Galizier — es vorgezogen, der unangenehmen Stätte den Rücken zu kehren und sich nach Lübeck zu begeben und den verdienten Lohn, der sich zusammen auf 40—50 Mk. beläuft, im Stich zu lassen. Während dem Mann von dem lebenswütigen Arbeitgeber mehrere Röhne losgeschlagen waren, hatte das Mädchen mehrere Wunden am Arm als Beweis für die schlagende Tätigkeit ihres "Herrn" aufzuweisen. Der deutschen Sprache nicht mächtig, irrten die beiden nun in Lübeck umher. Die Polizei konnte sich mit den Leuten nicht verständigen. Schließlich fand sich ein Lübecker Einwohner, der der Muttersprache der beiden mächtig war und sich nunmehr deren Interessen annahm. Aus reiner Menschenliebe begab er sich zu Benthien und ersuchte denselben in höflichem Tone als Beauftragter der beiden Leute um die Herausgabe der Papiere. Kaum hatte er sein Ersuchen vorgebracht, als er von Benthien mehrere Schläge ins Gesicht erhielt und außerdem vom Hofe gejagt wurde. B. bedrohte ihn sogar mit Lotschießen. Der so Behandelte entfernte sich vom Hofe und wollte sich nach Travemünde begeben. Da kam B. ihm nachgeritten und schlug mit der Peitsche nach demselben, glücklicherweise ohne zu treffen. — Mit vor Erregung zitternder Stimme gab uns der Lübecker Einwohner diese Schilderung des ganzen Sachverhalts. Einpricht dieselbe den Tatsachen — und wir hegen keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit unseres Gewährsmannes — so kann das Vorgehen des Herrn Benthien nicht scharf genug gerügt werden. Auch Galizier sind Menschen und müssen als solche, nicht als Tiere behandelt werden. Geradezu unerhört aber ist das Vorgehen des B. gegenüber dem Lübecker Einwohner, der den armen Menschen zu ihrem Rechte verhelfen wollte. Unsere Leser werden zweifellos das Verhalten des Herrn B. so charakterisieren, wie er es verdient.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Chromabow, der sich gestern morgen an der Wafenkammer von verschiedenen Haustüren mit Semmeln gefüllte Brocheutel rechtswidrig aneignete.

Schönberg. Wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung ist gegen einen Einwohner aus Klocksdorf bei Carlow namens D. Untersuchung eingeleitet. Demselben wird zur Last gelegt, einen Jungen durch Schläge und Stöße dermaßen gemißhandelt zu haben, daß der Tod die Folge war. Nach der angeblichen Mißhandlung wurde der Junge krank, und nach einem längeren Krankentage trat der Tod ein. Die Leiche wurde vor zirka 5 bis 6 Wochen bestattet. Nachdem nun erst von der Mutter des Jungen von dem Vorgefallenen Anzeige erstattet ist, wurde angeordnet, daß zur Beweisaufnahme in Gegenwart einer Gerichtskommission von hier und des Physikus Roggenbau aus Neustrelitz die Leiche wieder ausgegraben und untersucht werden soll, um so die Todesursache festzustellen.

Hamburg. Zum Mord- und Selbstmordverfuch in der Niedernstraße ist zu berichten, daß alle vier Kinder außer Gefahr sind. Die Frau ist aus der Last entlassen.

Flensburg. Der preußische Fuzel darf von einem Ausländer nicht bekämpft werden. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung schreibt: In Osterlinnet sollte am Sonntag in einer Guttemplerversammlung der Redakteur Larsen-Ledet aus Aarhus sprechen. Die preußische Behörde verbot aber im letzten Augenblick das Auftreten des genannten Herrn in der Versammlung. Wir haben noch niemals gehört, daß ein Guttempler das Wirken für die Abstinenz in einem anderen Staate verboten worden wäre, weil er ein Ausländer ist. Die preußische Behörde muß natürlich voran gehen. Es wäre ja auch ein Verbrechen gegen die schnapsbrennenden ostelbischen Junker, wenn Abstinenten aus Dänemark das höchste preußische Heiligtum verunglimpften wollten. Die dänisch gefonnenen Guttempler in Nordschleswig mögen sich trösten, den deutschen Arbeiterabstinenten geht es nicht besser, auch sie durften den Ausländer Dr. Frölich nicht hören, weil dieser die für die preußische Behörde unangenehme Eigenschaft hatte, Sozialdemokrat zu sein. Die Regierung ist offenbar der Meinung, die ihr unangenehmen Gegner brauchen keine Aufklärung über den Alkohol. Das ist die Politik der Nadelstiche, die nun unter dem „milden Kurs“ in Nordschleswig einsetzt.

Schwerin. Der 16jährige Raubmörder Julius von Borde, der am 8. Sept. d. J. die Schnitterfrau Ernestine Oziemacz aus Ruffisch-Polen auf der Feldmark Passow bei Lübz ermordete und beraubte und auf dessen Ergreifung der Staatsanwalt eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt hatte, wurde in Stettin verhaftet. Er wurde in das Landgerichtsgefängnis Güstrow eingeliefert.

Selgoland. Ein tragisches Ende fand mitten in Ausübung seines Berufes im besten Mannesalter von 28 Jahren der bei der Baufirma Koch-Curhaven hier bei den Schuhbauten beschäftigte Arbeiter Gerlach aus Königsberg i. Pr. Er war, nach der „Weser-Ztg.“, beim Gerabinden von großen Granitblöcken beschäftigt, und zwar von der höchsten Stelle (zirka 57 Meter) unserer Insel an der Westseite. Als er den Block vom Felsen freibrachte, vorher durch Signal den untenstehenden Kollegen zur Vorsicht gemahnt, stürzte er in die Tiefe, wo er mit zerschmetterten Gliedern als Leiche ins Boot geschafft wurde. Da er früher schon längere Zeit hier arbeitete und als fleißiger Arbeiter allgemein beliebt war, erregt dieser Unglücksfall allgemeine Teilnahme.

Unsere heutige Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Rud. Karstadt, Ecke Breite- und Johannisstraße, bei, auf den wir an dieser Stelle besonders aufmerksam machen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Billige Tapeten-Reste
Georg Bornhöft
Hafen-Drogerie.
Untertrave 44 45, bei der Drehbrücke.
Schöne frische
Bauernbutter
Pfund Mk. 1.20.
Adlerstr. 43. Alfr. Georgi.

Ausschneiden! Aufbewahren!
Fahrplan der Lübecker Hafenfähre.
G. m. b. H.
Lübeck-Schwartau und zurück.
Vom 15. Sept. 1907 bis 31. März 1908
Wochentags.
Ab Drehbrücke Vorm. 5,30 8,00 9,30 11,00
Nachm. 1,05 2,30 4,00 6,00
Ab Schwartau Vorm. 7,15 8,45, 10,15, 11,45
Nachm. 1,45 3,15 4,45 6,30
Mit dem 1. Dez. fällt die Tour 5,30 ab Lübeck und 7,15 ab Schwartau aus.
An Sonn- und Festtagen. Vom 15. Sept. 07 bis 31. März 08.
Ab Drehbrücke Vorm. 8,30 10,30
Nachm. 1,30 3,00 4,30 6,00
Ab Schwartau Vorm. 9,15 11,00
Nachm. 2,15 3,45 5,15 6,30
Bis Ende September Sonntags nachmittags bei günstiger Witterung halbstündlich.

Hafen-Fahrplan. Nur Wochentags. Vom 15. September 1907 bis 31. März 1908
Richtung: Drehbrücke, Struckfähre, Vorwerkbrücke, Ballastfuhrle, Lubecamerle, Wasserbau-
platz, Vorwerkplatz.
Ab Drehbrücke Vorm. 5,30 8,00 9,30 11,00
Nachm. 1,05 2,30 4,00 5,00 6,00
Ab Schwartau Vorm. 8,45 10,15 11,45
Nachm. 1,45 3,15 4,45 und ab Vorwerkplatz 6,00
An den Zwischenstationen wird nur bei Bedarf angelegt.

| | | | | | | |
|-----------|-------------------------------|-----------------------------|-----------------|---|---------------|----------------------|
| Möbel | Sofas | Stühle | pro Woche 1 Mk. | Tische | Spiegel | Betten |
| Anzüge | Mein Geschäft ist geschlossen | | | | Blusen | |
| Paletots | von Dienstag abend 6 Uhr | | | | Röcke | |
| Joppen | bis Mittwoch „ 6 Uhr | | | | Jakets | |
| | | S. Sachs, Huxstr. 41 | | Grösstes Möbel- und Waren-Kredithaus in Lübeck. | | |
| Garderobe | Wäsche | Inlets | pro Woche 1 Mk. | Kleiderstoffe | Gar- dinen | Manufaktur- waren |

Jack's Familien-Musik-Instrumente
Phonographen, Gramophone, Spieldosen, Zithern, Mandollinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.
Verkauf zu Original-Fabrikpreisen.
Musikhaus Jack, Königstrasse 96.

Ateller für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitstr. 24
E. BOY, Fischhandlung
Huxstr. 30. Telefon 115.
Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße.

Täglich frisch geräucherte Bücllinge, Sprotten, Aale, Schellfische, Seelachs, Nordsee-Krabben. Pr. geräuch. Lachs von Mk. 1,20 p. Pfd. an.
46 Markthallenstand 46.
Mittwochs bis Sonnabends von morgens 7 bis mittags 1 Uhr in der Markthalle täglich: frische Seefische. Frischen Seelachs nur Pfd. 10 Pfg. im Ausschnitt nur 12 Pfg. Fischcarbonade, bratfertig. Pfd. nur 45 Pfg. Rotbarsch Pfd. 12 Pfg. Rotzunge Pfd. 40 Pfg.
Lebende Aale und Schleie.

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgefch. Fischergg. 52.

Achtung Töpfer!
Extra-Versammlung
Mittwoch, den 18. d. M.
abends 8 Uhr präz.
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
Unsere gegenwärtige Lage.
Die Lokalkommission.

Ausgefämmtes Haar kauft
Martin Wulf, Friseur, Arminstraße 3.
Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 18. Sept.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Der Internationale Kongreß und die Gewerkschaften.
Referent: Genosse J. Stelling.
2. Kartellbericht und Aufstellung des Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
NB. Die Sammellisten müssen bis spätestens zu dieser Versammlung abgeliefert werden.

Panorama
Breitestraße 53, 1. St.
Vom 15. bis inkl. 21. September
Spreewald.

Hansa-Theater
Lübeck.
Täglich abends 8 Uhr:
Er geht los.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Kaufhaus Leo Leibholz & Co.

Diese Woche:

Teppich-Ausstellung

2. Etage.

Im Teppich-Saal:

2. Etage.

Uebersichtliche Zusammenstellung moderner deutscher Fabrikate,
sowie reichhaltige Auswahl neuer u. antiker Erzeugnisse des Orients.

Teppiche und Vorleger

in ruhigen, soliden Farbentönen und modernsten Zeichnungen.

| | |
|---|--|
| Teppiche Axminster ca. 185x200 | 4 ⁷⁵ 8 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ Mk. |
| Teppiche Axminster ca. 175x235 | 14 ⁵⁰ 17 ⁵⁰ 20 ⁰⁰ 22 ⁰⁰ 25 ⁵⁰ 28 ⁰⁰ 33 ⁷⁵ Mk. |
| Teppiche Axminster ca. 200x300 | 21 ⁵⁰ 24 ⁰⁰ 25 ⁵⁰ 28 ⁰⁰ 31 ⁰⁰ 40 ⁰⁰ 48 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Axminster ca. 250x350 | 48 ⁰⁰ 59 ⁰⁰ 98 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Axminster pa. 300x400 | 98 ⁰⁰ 128 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Axminster pa. 250x350, vorjährige Muster | 75 ⁰⁰ Mk. |

| | |
|-----------------------------------|-----------------------|
| Maschinen-Smyrna | |
| Ersatz für handgeknöpfte Teppiche | |
| Qual. Mossul ca. 175x235 | 40 ⁰⁰ Mk. |
| Qual. Mossul ca. 200x300 | 48 ⁰⁰ Mk. |
| Qual. Mossul ca. 250x350 | 90 ⁰⁰ Mk. |
| Qual. Schirvan ca. 200x300 | 75 ⁰⁰ Mk. |
| Qual. Schirvan ca. 250x350 | 115 ⁰⁰ Mk. |
| Qual. Tabris ca. 250x350 | 130 ⁰⁰ Mk. |

| | |
|---|---------------------------------------|
| Teppiche Velour ca. 135x200 | 14 ²⁵ 16 ⁵⁰ Mk. |
| Teppiche Velour ca. 175x235 | 21 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Velour pa. ca. 175x235 vorzügliche Qualität | 25 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Velour pa. ca. 200x300 ausgesucht gute Qualität | 25 ⁰⁰ Mk. |
| Teppiche Velour pa. ca. 250x350 | 68 ⁰⁰ Mk. |

Läuferstoffe.

| | |
|---|---|
| Jute-Läufer Meter 30 45 50 55 Pfg. | Woll-Läufer Meter 1 ⁸⁵ Mk. |
| ca. 60 65 cm breit. | ca. 68 cm breit. |
| Jute-Läufer Meter 55 60 65 70 75 Pfg. | Tapestry-Läufer Meter 2 ⁵⁰ 2 ⁹⁰ Mk. |
| ca. 65 70 cm breit. | ca. 68 70 cm breit. |
| Caes-Läufer Meter 1 ¹⁰ 1 ²⁵ 1 ³⁵ 1 ⁴⁰ Mk. | Velour-Läufer Meter 3 ⁴⁵ Mk. |
| ca. 68 cm breit. | ca. 68 70 cm breit. |
| Caes-Läufer Meter 1 ⁵⁵ 1 ⁶⁵ 2 ⁰⁰ Mk. | Haar-Brüssel-Läufer Meter 3 ⁴⁵ Mk. |
| ca. 90 cm breit. | ca. 68 70 cm breit. Außerst haltbar. |

Bett-Vorleger.

| | |
|---|--|
| Vorleger Axminster 95 Pf. 1 ¹⁰ 1 ⁵⁰ 1 ⁸⁵ | Vorleger Moschee 9 ⁵⁰ 13 ⁰⁰ Mk. |
| 2 ²⁵ 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ Mk. | |
| Vorleger Tapestry 2 ²⁵ 2 ⁸⁰ Mk. | Vorleger Schirvan Ersatz für handgekn. Smyrna 12 ⁰⁰ Mk. |
| Vorleger Echt Brüssel 3 ⁹⁰ Mk. | Vorleger Uschak 10 ⁷⁵ Mk. |
| Vorleger Velour 3 ⁵⁰ 4 ⁰⁰ 4 ⁵⁰ Mk. | Vorleger Tabris 13 ⁵⁰ Mk. |

Orient-Teppiche:

Yordes, Serails, Afgans, Schiras, Kassakjes
Gendjes, Pergamons, Schirvans, Gebet
Mossul, Carrabaghs, Hamedans.

Gardinen.

| |
|--|
| Engl. Tall-Gard. Meter 35 45 65 85 Pfg. 1 ¹⁰ 1 ³⁵ 1 ⁷⁵ Mk. |
| weiss und crème |
| Engl. Tall-Scheiben-Gardinen Meter 35 40 60 75 Pfg. |
| weiss und crème |
| Engl. Tall-Gardinen Fach 1 ⁵⁰ 2 ³⁰ 3 ³⁰ 4 ⁵⁰ 6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵ Mk. |
| weiss und crème |
| Engl. Tall-Stores Stück 2 ⁴⁰ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ Mk. |
| weiss und crème |
| Engl. Tall-Bettdecken 112cm 2 ⁷⁰ 3 ²⁵ 4 ¹⁵ 6 ³⁰ 7 ⁵⁰ Mk. |
| weiss und crème |
| Engl. Tall-Bettl. für 2 Betten 4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁷⁵ 8 ⁰⁰ 10 ²⁵ bis 7 ⁵⁰ Mk. |
| weiss und crème |
| Erkält.- und Spachtel-Gardinen Fach 9 ⁵⁰ 10 ⁵⁰ 11 ²⁵ 14 ⁰⁰ 15 ⁷⁵ bis 52 ⁰⁰ Mk. |
| Erkält.- und Spachtel-Stores Stück 5 ²⁵ 6 ⁷⁵ 8 ⁵⁰ 11 ²⁵ 14 ⁰⁰ bis 29 ⁷⁵ Mk. |
| Erkält.- und Spachtel-Bettdecken für 1 Bett 7 ²⁵ 8 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ 11 ²⁵ 12 ⁵⁰ bis 25 ⁰⁰ Mk. |
| Erkält.- und Spachtel-Bettdecken für 2 Betten 9 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 12 ⁷⁵ 14 ⁵⁰ 16 ⁷⁵ bis 52 ⁰⁰ Mk. |

Borden.

| |
|---|
| Spachtel-Lepel-Borden weiss und crème Meter 12 20 28 35 40 45 50 Pfg. bis 2 ²⁵ Mk. |
| Tüllborden weiss u. crème Meter 5 25 30 45 50 Pfg. |
| Erkältborden 50 70 95 110 115 117 bis 3 ²⁵ Mk. |

Portièren.

| |
|--|
| Portièren-Garnituren 4 ⁹⁰ 6 ⁹⁰ 9 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ Mk. |
| Filztuch, hübsche Zeichnungen |
| Portièren-Garnituren 15 ⁵⁰ 19 ⁰⁰ 26 ⁵⁰ bis 46 ⁰⁰ Mk. |
| aus reinwollenem Tuch mit eleganter Kurbel-Stickerei in modernen Farben. |
| Kelim-Dekoration 17 ⁵⁰ 21 ⁰⁰ bis 28 ⁵⁰ Mk. |

Gobelins.

| |
|---|
| Echt franz. Gobelin 2 ⁴⁵ 3 ⁵⁰ 5 ⁷⁵ bis 6 ⁵⁰ Mk. |
| Kunstgewebe |
| Gobelin für Kissen 75 85 95 Pfg. 1 ¹⁵ Mk. |
| Sofakissen 98 Pfg. 1 ⁴⁵ 1 ⁷⁵ 2 ²⁵ 3 ⁵⁰ 4 ²⁵ 5 ⁷⁵ bis 21 ⁰⁰ Mk. |
| mit und ohne Volant |
| Ein Posten |
| Kissen aus Moquette mit Satin-Rücken . . . 3 ⁵⁰ Mk. |

Vitragen.

| |
|---|
| Lepel-Vitrage 84 cm weiss, crème, altgold Meter 6 ⁷⁰ Pfg. |
| Haar-Vitrage 84 cm crème u. gold . . . Meter 5 ⁹⁰ Pfg. 1 ⁰⁵ Mk. |
| Lepel-Vitrage crème, gold, weiss, 100 cm breit Meter 7 ⁸⁵ Pfg. |
| Haar-Vitrage crème und gold, 130 cm breit Meter 1 ²⁵ 1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵ 1 ⁸⁵ Mk. |

Decken.

| |
|--|
| Filztuch-Tischdecken 145 2 ⁹⁵ 3 ²⁵ 4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ Mk. |
| blau, oliv und bordeaux |
| Tuch-Tischdecken 8 ⁷⁵ 9 ⁵⁰ 10 ⁵⁰ 11 ⁷⁵ 13 ⁰⁰ 15 ⁵⁰ 16 ⁷⁵ Mk. |
| blau, oliv und bordeaux |
| Plüsch-Tischdecken blau, oliv und bordeaux 7 ²⁵ 8 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 10 ⁷⁵ 12 ⁰⁰ 13 ⁵⁰ 15 ⁰⁰ 17 ²⁵ Mk. |
| Fantasie-Tischdecken 2 ⁸⁵ 3 ⁵⁰ 4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 7 ⁷⁵ 8 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ Mk. |
| Reise-Decken 5 ⁷⁵ 6 ⁷⁵ 9 ²⁵ 12 ²⁵ 14 ⁰⁰ 17 ⁵⁰ 20 ⁵⁰ 24 ⁰⁰ bis 45 ⁰⁰ Mk. |
| Schlafdecken 4 ⁹⁵ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 8 ⁷⁵ 9 ⁵⁰ 10 ⁵⁰ 12 ⁰⁰ 15 ⁰⁰ 16 ⁵⁰ bis 29 ⁵⁰ Mk. |
| Stoppdecken 3 ⁹⁵ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 7 ⁷⁵ 9 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰ 14 ⁰⁰ 15 ⁰⁰ bis 75 ⁰⁰ Mk. |
| Chaiselongue-Decken in geschmackvoller Ausführung 9 ⁵⁰ 12 ⁷⁵ 14 ⁰⁰ 15 ²⁵ 16 ⁵⁰ 18 ⁰⁰ 22 ⁵⁰ 24 ⁵⁰ bis 120 ⁰⁰ Mk. |
| Waffelbettdecken weiss, Rips und Piqué 1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵ 3 ⁵⁰ 4 ⁰⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 9 ⁷⁵ bis 18 ⁰⁰ Mk. |
| Bettdecken farbig 2 ⁶⁵ 3 ⁰⁰ 3 ⁵⁰ 4 ⁷⁵ 5 ⁵⁰ bis 21 ⁰⁰ Mk. |

Zugvorrichtung

für Gardinen und Stores 75 85 Pfg. 1¹⁵ 1⁵⁰ Mk.
aus Eisen inkl. Haken und Zugglocken.

Alle Zubehörtelle sind einzeln zu haben.

Reichsverbandsschusterle.

Unter dem Titel „Sozialdemokratischer Rassenmißbrauch“ bringt die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in ihrer Nummer 49 vom 10. August 1907 einen Artikel, in dem die Gesetzgeber durch erlogenes oder entstelltes Material scharf gemacht werden sollen, um:

„Die Organisation der Rassen so auszugestalten, daß sie ferner nicht mehr der Umsturzpartei als Operationsbasis dienen kann.“

In dem Artikel wird in der verlogenen Weise die Münchener Ortskrankenkasse beschuldigt, sich der sozialdemokratischen Partei dienstbar gemacht zu haben:

„Der Mißbrauch der Krankenkassen liegt darin, daß in den der Sozialdemokratie anheimgefallenen Rassen systematisch und ohne Rücksicht auf ihre Befähigung sozialdemokratische Agitatoren als „Beamte“ untergebracht werden, die dann, materiell sichergestellt und an keinerlei Rücksichten gebunden, sich planmäßig der Agitation hingeben, außerdem als Arbeit- und Auftraggeber parteiangehörige Ärzte, Apotheker und Rassenlieferanten begünstigen, politische Gegner aber zurückdrängen können. In dem Nachweise dieses Mißbrauchs erkennt die Sozialdemokratie mit Recht die Gefahr, die ihrer Zweidrittelmehrheit droht.“

Der sozialdemokratische Vorsitzende der Ortskrankenkasse für München, ein Expedient der „Münchener Post“, erklärte kürzlich die Behauptung, daß diese Kasse eine Versorgungsanstalt für sozialdemokratische Agitatoren sei, für „einfältiges Gerede“. Nun, jedes Kind in München weiß, daß Aussicht auf Anstellung und Beförderung bei der Münchener Ortskrankenkasse nur hat, wer zur roten Parteifahne schwört, und daß sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter der Kasse mit verschwindenden Ausnahmen der sozialdemokratischen Partei angehören. Wir wollen aber in folgendem nur die Tatsachen sprechen lassen, für die das eigene Parteiorgan der Sozialdemokraten, die „Münchener Post“, unsere Quelle ist. . . .“

Es folgt dann die Angabe, daß von den 24 sozialdemokratischen Organisations-Stadtbezirken nicht weniger als sieben von Angestellten der Ortskrankenkasse geführt würden (Bezirksführer). Die Namen der Betreffenden werden angeführt. Unser Münchener Parteiblatt züchtigt die Sippshaft der Reichslügenverbändler folgendermaßen:

Für die ehrenwerten Agitatoren des Reichslügenverbandes genügt diese Zusammenstellung, um sie gewissenlos aufgefupft, als „unanfechtbares Tatsachenmaterial“ unkontrollierbar zu verwenden.

Nur einige Worte über das Zahlenverhältnis der sozialdemokratischen zu den anderen Beamten der Kasse. München hat rund 10 000 politisch-sozialdemokratisch organisierte und rund 50 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Demgegenüber verschwinden die übrigen organisierten Arbeiter fast zu einem unbedeutenden Häuflein. Die Generalversammlungsvertreter aus dem Arbeitnehmerstande sind sämtlich aus der Reihe der freien Gewerkschaften gewählt. Die Arbeitgeber haben sich stets auf eine gemeinsame Liste von Vertretern aller Parteien von einiger Bedeutung geeinigt. Und dann sei festgestellt, daß unter den zirka 120 Beamten der Ortskrankenkasse noch lange nicht die Hälfte der sozialdemokratischen Partei, die Mehrzahl der Beamten aber anderen Parteien angehört. Keinem der sozialdemokratischen Beamten aber ist jemals eingefallen, unter den Angestellten der Kasse Anhänger für seine Partei zu „pressen“.

Bergfahrten.

Reisebriefe von P. H. S. C. Seidemann.
(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es war noch dunkel und empfindlich kalt. Ich zog denn auch die Joppe aus und hing sie über die Schulter; ich mußte, daß mir in einer Viertelstunde die Schweißtropfen wieder auf der Stirn stehen würden. Mein Führer mit dem Rucksack auf dem Buckel und dem Gispickel in der Hand vor mir her; ich mit dem Bergstock hindereinander. Kein Wort fällt. Im gleichen Tempo stetig aufwärts über nackten Stein. Von einer Felszacke aus sah ich weit vor uns ein großes Schneefeld, in dem drei kleine Punkte sich bewegten — das waren Touristen, die eine halbe Stunde vor uns aufgebrochen waren.

Immer weiter. Unmählich wird es etwas heller. Nun ganz plötzlich erscheint die Spitze der nahezu 2700 Meter hohen Hochmunde in schier wunderbarer Beleuchtung. Nach und nach werden auch die übrigen Gipfel vom Sonnenlicht bestrahlt. Und immer größer werden die beleuchteten Flächen — ein prächtiges Bild. Als wenn hundert, nein tausend Michel Angelos die nackten Felsen bemalt hätten mit den herrlichsten Farben, in denen ein entzückendes Rotbraun vorherrscht! Und dazwischen die kleineren und größeren Schneeflächen.

Wie in einem Zauberlande kommt man sich da oben vor. Nachdem wir etwa eine Stunde über Geröll und Felsen aufgestiegen waren, kamen wir an ein großes Schneefeld. Der Schnee ist ziemlich fest und erscheint grobkörnig. Ab und zu vertritt man ein unterirdisches Rauschen — das sind die Wasserabflüsse unter den nahezu einen Meter dicken Schneebänken. Durch das Rauschen wird man rechtzeitig aufmerksam gemacht auf die Schneespalten, die hier oben bis zu ungefähr einen halben Meter breit sind. Mit Hilfe des Bergstockes kommt man leicht über diese Spalten hinweg. Die Wanderung in diesem ewigen Schnee dauert ebenfalls eine Stunde und ist recht ermüdend. Nun entdecken wir weit hinter uns eine neue Touristengruppe; zwei Damen mit zwei Bergführern. Am Ende des großen Schneefeldes steht eine kleine Holzhütte — die Unterkunftsstätte für ein Rauschier, das bis hierher den Proviant für die Gattin auf der Zugspitze trägt. Weiter kann das Muli auch nicht

Nun zur „Bevorzugung“ der Genossen durch den Vorstand. Der erste Direktor der Kasse, ein sehr tüchtiger Mann, der der sozialdemokratischen Partei völlig fern steht, wurde vom Vorstand ernannt: Auf Vorschlag der Behörde und unter Befürwortung des liberalen Rechtsrates Heindl.

Der zweite Direktor der Kasse, ein Mann, der zu den Gegnern der Sozialdemokratie zu rechnen ist, wurde vom Vorstand auf Grund seiner Fähigkeiten zum stellvertretenden Direktor ernannt.

Ein Sekretär R., tätiges Mitglied der Zentrumsparterie, wurde, weil brauchbar, zum Abteilungs-vorstand ernannt. Offiziant Sch., der ebenfalls als eifriger Agitator der Zentrumsparterie bekannt ist, und bei den letzten Wahlen entschieden für diese gearbeitet hat, wurde auf seinen Antrag unter Berücksichtigung seines Dienstes anstandslos von der vierten in die dritte Gehaltsklasse befördert. Sekretär K., Offiziant R., der Rassenbote K. und Offiziant Sch. haben vor Gericht eidlich ihre Zugehörigkeit zur Zentrumsparterie bekundet. R. und Sch. befinden sich in besonderen Vertrauensstellungen der Ortskrankenkasse. So steht es mit einer ganzen Anzahl von ultramontanen und liberalen Beamten der Kasse. Allerdings hat der Vorstand gerade mit Angehörigen der bürgerlichen Parteien bisweilen recht schlimme Erfahrungen machen müssen.

Der erste Rechnungsführer F. in Kirchseeon, ein trammischer Gegner der Sozialdemokratie und allem Anschein nach ein lapserer Jüngling des Reichsverbandes, hat die Kasse bestohlen. Er mußte entlassen werden. Der gutbürgerliche Rechnungsführer L. in Schönfeld, ehemaliger königlich württembergischer Beamter, mußte wegen Diebstahls davongefragt werden. Der Funktionär H., ein braver Zentrumsman, mußte wegen Unterschlagungen entlassen werden. Das dürfte vorläufig genügen. . . .“

Sozialdemokratischer Parteitag zu Essen.

Essen, den 15. September 1907.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der 18. seit dem Fall des Sozialistengesetzes, trat am heutigen Sonntag abend in Essen im Lokale Maas zusammen. Der Sitzungssaal, der nicht besonders groß ist — er faßt gerade nur die Delegierten und Pressevertreter, während auf den Galerien einige hundert Zuhörer Platz finden und zur Ergänzung jenseits der Straße ein großes Festzelt erbaut ist — ist von den gastgebenden Parteigenossen des Kohlenreviers an der Ruhr aufs prächtigste geschmückt und rings um die Galerien zieht sich rotes Tuch, an dem in den blaugelben Stadtfarben Essens Fähnchen mit den Namen der früheren Parteitagsorte angeheftet sind. Auch Bühne und Rednerpult sind rot ausgeschlagen. Im Hintergrunde hängen inmitten des immergrünen Lorbeers die Bilder von Marx und Engels, zwischen ihnen ragt eine getreue Wüste Wilhelm Liebknechts empor. An der Eingangsseite ist auf hohem Postamente eine Wüste Ignaz Auer aufgestellt, ein Werk der Berliner Bildhauerin Helene Duitman, die sie dem Parteitage zum Geschenk gemacht hat; sie stellt in lebenswahrer Ähnlichkeit unsern Auer in den letzten Lebensjahren dar.

In der Festhalle hatten schon am Nachmittag Bebel und Singer vor vielen tausend Proletariern des Ruhrreviers unter rauschendem Beifall gesprochen. Kaum war die Versammlung beendet, so begann der Tagungsraum sich zu füllen. Vollzählig erscheint der Parteivorstand und die Kontrollkommission; nahezu vollzählig auch die Fraktion. Von den auswärtigen Bruderparteien ist heute schon die

Delegation der österreichischen Sozialdemokratie erschienen: Nemeß-Prag und Ellenbogen-Wien haben am Ehrentische Platz genommen.

Punkt 7 Uhr leitete, nachdem die kräftigen Klänge des Sozialistenmarsches, von einer Musikkapelle vorgetragen, verflungen waren, der Gesang des Arbeiterlängerkartells Essen die Eröffnungsfeier ein; er brachte ein von Robert Seidel eigens zu diesem Parteitag gedichtetes Begrüßungskied formvollendet zum Vortrag und ward von stürmischem Beifall gelohnt. Dann sprach Diepel-Essen einen schönen Prolog, der in gebundener Form die Delegierten zur Erfüllung ihrer schweren Aufgaben anfeuert und die hohen Ideale der Partei feierte. Als der Sprecher, der zugleich der Verfasser des Dichtwertes ist, mit den Schillerschen Worten schloß:

„Nur der erwirbt sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß“

rauschte als Zeichen der völligen Zustimmung lauter, anhaltender Beifall durch den Saal.

Dann ergriff Genosse Gewehr-Eberfeld, der Reichstagskandidat des Essener Kreises, das Wort, um die Delegierten der Gesamtpartei namens der Essener Parteigenossen willkommen zu heißen. Er führte aus: Als Sie, Parteigenossen aus ganz Deutschland, auf dem vorigen Parteitage unsere Einladung annahmen, da wußten Sie, daß wir Ihnen an äußeren Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten nicht viel würden bieten können. Gleichwohl sind Sie gern in dieses Land gekommen, wo die industrielle Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht hat, wo die Macht der Kapitalisten zu so riesengroßer Höhe angewachsen ist, daß sie nicht nur die Arbeiter unterdrücken und entrechteten, sondern auch ungewohnte Minister stürzen konnte. Wir aber haben Ihnen immer gesagt, daß wenn einmal diese Arbeiterbataillone hier ins Marschieren geraten, sie im Sturmschritt vorwärts marschieren würden. Nun hat es lange gedauert, bis die Arbeitermassen des Ruhrreviers in Bewegung gerieten. Das lag an der riesigen Übermacht des Kapitals, an der Demagogie des Zentrums und des gerade in Essen überhitzten Kampfes, der rücksichtslosen religiösen Hege zwischen Blauen und Schwarzen, an der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung der Christlichen Gewerkschaften und schließlich an der stark flutwärtenden Bevölkerung. Gerade die volkserräterische Haltung des Zentrums und seine strapuzlose Agitation möchte ich den auswärtigen Genossen gegenüber als Hemmnisgrund unserer Bewegung hervorheben. Wie das Zentrum jetzt der Wahlrechtsbewegung in Preußen in den Rücken fällt, so ist es auch unzuverlässig in seiner Haltung zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für den Reichstag. (Sehr wahr!) Seine ländlichen Wahlkreise behält es ja auch unter dem Ständeswahlrecht und die städtischen Industriearbeiter sieht es immer mehr verloren gehen. Wenn auch im Zentrum die Zeit vorbei ist, da der Abg. Dingens die sozialen Fragen für soziale Phrasen erklärte, und da man sich gerade hier mit allen Mitteln gegen Arbeiterkandidaten sträubte, so wird man deshalb doch im Zentrum die Arbeiterkandidaten stets auf das mindeste Maß beschränken, das für seine Demagogie notwendig ist. (Sehr wahr!) Und schließlich hatten wir noch ein schweres Hemmnis zu überwinden: die patriarchalisch-absolutistische Regierung Krupps, die erst ein wenig wich, als die Depesche der Arbeiter nach Capri, ihr Notkrei um Gerechtigkeit an Krupp, einfach unbeantwortet blieb und als nach dem Tode Krupps weite Kreise erkannten, daß auch er ein Mensch mit menschlichen Fehlern und Schwächen war. Damals gerade erging an die Essener Arbeiterschaft die Aufforderung, das Lichtschwert zwischen sich und der Sozialdemokratie zu zerschneiden, und die Folge davon war, daß gerade bei der nächsten Wahl unsere Stimmzettel sich vervierfachte. (Bravo!) Und seitdem ist sie ständig um viele Tausende gewachsen, gewachsen auch bei den letzten Reichstagswahlen, trotz des Flugblättervereins der Reichsverbändler und der nicht minder schofel lügenben Münchener-Glabbacher, die von der Gefahr der Einfuhr ausländischen Fleisches als von der Einfuhr „trepierter Ratten“ sprachen und die 20 000 Mt.-Märchen zu Tode ritten, genau wie einst die Nationalliberalen die Arbeiter mit den Kruppischen Wohlfahrtsanstalten köderten, insbesondere mit der

Stunden bewältigen können. Bei einem Blick in die entsetzliche Tiefe überließ es mich doch ein wenig, aber ich empfand auch jetzt nicht eine Spur von Schwindel.

Und das ist außer einer guten Natur und — solid genagelten Stiefeln in diesen kurtigen Regionen die Hauptbedingung.

Nach dreistündiger Gipselrast, während der wir uns an Speise und Trank gütlich getan hatten, begannen wir den Abstieg. Ein höherer Postbeamter, der den Aufstieg in Gesellschaft anderer Touristen, aber ohne Bergführer gemacht hatte, bat mich, daß er sich meinem Führer mit anvertrauen dürfe. Ich sagte zu, nicht der acht Mark wegen, die ich dadurch ersparte, sondern weil mir die Verantwortung zu groß schien, den hohen Fünfsitzer allein gehen zu lassen. Ich bin heute noch heilfroh, daß wir ihn mitnahmen; er wäre beim Absteigen zweifellos abgestürzt, denn er mußte an den schwierigen Stellen vom Seppel stets angefaßt werden und außerdem erwies er sich als kein guter Felsgänger. Der Mann handelte leichtsinnig, als er diesen schwierigen Abstieg wählte. Aber da er durch das wenige Schwierigkeiten aufweisende Keintal verhältnismäßig gut in zwei Tagen bis zum Gipfel gekommen war, so glaubte er, auch dem Gipselabstieg gewachsen zu sein.

Wie dieser Abstieg zum Gipsel ist? Da will ich anführen, was der bewährte Alpinist Ernst Peter darüber sagt in seinem bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienenen, recht empfehlenswerten Alpinen Gipselführer „Die Zugspitze“:

„Am hinunter über den Grat! Wir kommen auf ihn fast bis zur Nase, wo wir ihn vom Schneeferner her (beim Aufstieg) erreicht haben. Wohl flugt da der Unerfahrene und zögert, den steil abwärts führenden Weg zu betreten. Es gibt ein gutes Mittel, den abschreckenden Eindruck des allerdings ziemlich steilen Wandabsturzes abzuschwächen. Man drehe sich um und betrachte das bereits zurückgelegte Stück, das uns dann gewiß nicht gleich abschreckend vorzukommen wird.“

Der „ziemliche steile“ Wandabsturz, von dem Ernst Peter da spricht, ist ungefähr sechshundert Meter hoch! Mit uns begann eine junge Berlinerin in Begleitung ihres Führers den Abstieg. Während streifte sie ihren Kleiderrock in die Höhe und stand in feinen Kletterhosen vor uns. Sie hatte gut daran getan, an der Stelle, auf der man zu sitzen pflegt, einen doppelten Boden anbringen zu lassen, denn ich sah sie

Von hier ab muß alles bis zum Zugspitzgipfel von jungen Leuten getragen werden. Diese Burschen tragen ein kleines festes Gestell auf dem Rücken, in welches zerbrechliche Waren oder auch ein kleines Fäßel Bier oder Wein verpackt werden können.

Alles weitere wird im Rucksack hinaufgeschafft. Das Aufbringen des Bieres z. B. ist eine furchtbare Strapaze und die Burschen brauchen für den letzten und schwierigsten Aufstieg, den ein leichtbepackter Tourist in einer Stunde bewältigen kann, mindestens drei Stunden. Man darf sich über den Bierpreis da oben nicht wundern: das Maß (1 Liter) kostet 1,20 Mk.

Um sechs Uhr hatten wir den Gipfel erreicht. Die letzte halbe Stunde ging es steil an Eisentkammern und Drahtseilen in die Höhe. Wie trunken schwärmte der Blick ringsum. Wir standen auf dem höchsten deutschen Gipfel, nahezu 3000 Meter hoch, und das Wetter war wirklich herrlich.

Es wird niemals ein Mensch imstande sein, schildern zu können, was die Augen dort oben genießen. Das läßt sich nicht annähernd naturwahr beschreiben. Wie armselig klingen da die Worte wunderbar, reizend, entzückend.

Ich will einiges anführen von dem, was ich an jenem unvergeßlichen Morgen von der Zugspitze aus sehen konnte: Im Norden den Starnbergersee und den Ammersee. Der erstere, der vier Stunden lang ist, sah aus, wie eine sauber geschuerte Tischplatte. Westlich blickten die Gipfel des Ammergebirges, östlich schauten wir die Spitzen des Eterngebirges und ein Stückchen des dunklen Waldenfees. Und dann ist zu schauen ein reizendes Stückchen des Hartals und die Tegernseer Berge, das Keilgebirge bei Ruffstein, das Karwendelgebirge und die Berchtesgaberer Berge, dann die Tiroler Berge! O, wer könnte jemals den Anblick vergessen, den von hier oben aus die Zillertaler, die eisgepanzerten Degtaler und Stubaiyer Berge bieten!

Und welch unvergleichliches Bild dort zu unsern Füßen — zweitausend Meter tiefer, an der auf dieser Seite furchtbar abfallenden Wand der Zugspitze: der Gipsel. Er ist ringsum von Wald umschlossen. Deutlich kann man sieben kleine Inselchen zählen. Je nach der Tiefe des Sees ist seine Farbe, die von hellgrün bis zu schwarzgrün abgestuft ist.

In diesen steilen Wänden wollen wir zum Gipsel absteigen. Gewandte Kletterer sollen den Abstieg in sechs

Kampfe mitarbeiten. (Sehr gut!) Die Parteschule soll keine Drosselanstalt sein, aber auch kein Seminar, keine Universität zur Ausbildung wissenschaftlicher Forscher, sondern eine einfache schlichte Schule in den Disziplinen, die am leichtesten das Verständnis des Sozialismus erschließen. Ein halbes Jahr lang sollen die befähigtesten und charakterfestesten Genossen Kammer und Kelle beiseite legen können und frei von organisatorischen Verpflichtungen und von Berufs Sorgen sich dem Studium bestmüht, eng umgrenzter Fragen widmen. Diese Arbeit kann und wird nicht verloren gehen. Vorläufig steht die Parteschule noch am Anfang nach der Zahl der zugelassenen Genossen und nach der Zeit ihrer Ausbildung, aber dieser Anfang verspricht gute Früchte. (Zustimmung.) — Der Bildungsausschuss hat versucht, da zuerst einzugreifen, wo er am raschesten praktisch wirken konnte; er hat versucht, in die bunte Masse der Einzelparteien durch Vortragsferien Ordnung zu bringen. Die beiden wissenschaftlichen Wanderredner, die der Ausschuss gewonnen hat, Kühle und Duncker, sind schon jetzt bis in den März nächsten Jahres hinein befristet. Weiter hat der Bildungsausschuss ein vielverlangtes Winterprogramm ausgearbeitet; er arbeitet an einem neuen Verzeichnis der Jugendchriften, an einem Musterkatalog für Parteibibliotheken, an der Ausbreitung der Wanderbibliotheken, an der Schaffung elementarer Broschüren zur Einführung in politische Denken und Handeln, in das Verständnis von Dramen und Opern. Er wird in nächster Zeit auch seinerseits die Frage prüfen, in welcher Weise am besten die Jugendlichen aufzuklären und zu organisieren sind. Die Schaffung eines besonderen Organs für Bildungsbestrebungen erreicht ihm hingegen noch vertrieht. Das Streben nach Arbeiterbildung tritt jetzt überall mit vertiefter, vermehrter Energie auf. Alle Parteigenossen werden das mit Freude begrüßen, denn die wachsende Kampferfahrung stellt uns immer mehr wachsende und immer kompliziertere Aufgaben. Darum mußte der Parteivorstand tun, was er getan hat, und wird in Zukunft noch mehr tun. Was wir bis jetzt geleistet haben, war nur ein Anfang. Was wir in Zukunft leisten werden, mag Liebknechts stolzes Wort erfüllen: die Sozialdemokratie ist im eminentesten Sinne des Wortes eine Partei der Bildung. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontroll-Kommission erstattet
Kaden-Dresden: Die verhandelten und entschiedenen Fälle sind im wesentlichen: Zimmerer Barisch-Kiel-Gaarden, Küge wegen Streikbruchs, Büding-Bremerhafen und Kortmann-Mehlschlüssel wegen Betrugs bei der Reichstagswahl, vier Essener Bauenschläger Freispruch, weil beim Streik Fehler auf beiden Seiten gemacht wurden, Krohn-Konstanz Küge nach beiden Seiten und Mahnung zum Frieden, Berliner Genossen scharfe Küge wegen Verfalls eines bonifortierten Lokals, Wiesenthal Ausschluß abgelehnt, weil er zu den beweislosen Verdächtigungen von Parteigenossen provoziert war. Einer Beschwerde Wollermanns im Auftrage von Zeltow-Bestows gegen den Parteivorstand wegen Nichteinsetzung eines Schiedsgerichts wurde stattgegeben, eine Beschwerde Engelbrechts-Langendreer dem Vorstand übermiesen. Eine Beschwerde der Lokalfisten wegen der Sperrung des „Vorwärts“ schwebt noch. Die vorgenommenen Revisionen haben überall musterhafte Ordnung ergeben.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht spricht Weickmann-Karlruhe dem Parteivorstand seine volle Zufriedenheit mit seiner überaus reichen und fleißigen Tätigkeit aus. Der Vorstandsbericht sei außerordentlich inhaltsreich und interessant. Nur hätte er den Wunsch, daß bei einer Ergänzungswahl für den Vorstand nach Süddeutschland berücksichtigt werde. Mit besonderer Freude habe man in Süddeutschland Singers Ankündigung einer kräftigen Aktion in der preußischen Wahlrechtsfrage gelesen. Hoffentlich werde dadurch der reaktionäre Druck Breußens auf Süddeutschland, der allein solche Fälle wie Luelch und Schürfele ermöglicht habe, etwas gemildert. Die Parteikorrespondenz habe in Süddeutschland Beifall gefunden, auch mit dem Bildungsausschuss und dem Vorgehen gegen die Lokalfisten sei man zufrieden. Die Zunahme der Organisation werde die Scharte bei der letzten Reichstagswahl bald wieder ausweihen. (Beifall.)

Kiem-Dresden tritt für den Antrag Dresden auf Ausschluß der Lokalorganisierten Organisationszerplitterer ein. Die Partei sei unzufrieden mit der großen Nachlässigkeit des Vorstandes gegenüber diesen Gewerkschafts- und Parteiverderbern. (Sehr wahr!) Nachsicht für irrende Brüder, aber nicht für Verräter, die im schwersten ökonomischen Kampf Zerplitterung in die eigenen Reihen trügen. (Sehr gut!) Im Interesse eines guten Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften müsse der Parteitag aussprechen, daß diese hartnäckigen Organisationszerplitterer sich selbst außerhalb der Partei gestellt hätten. (Beifall.)

Söbel-Stettin bittet, den Vertrauensleuten recht viel Zeit zur Abfassung ihrer Berichte zu lassen; im Osten seien es vielfach Saisonarbeiter. Der Vorstandsbericht solle nicht in der Parteipresse veröffentlicht, sondern nur an die Organisierten verteilt werden. Redner wünscht schließlich eine möglichst genaue Statistik über die Selbststrafen der Partei, um zu sehen, wie viel von dem schwer gesammelten Gelde der Staat den Arbeitern wieder abnehme.

Ottlie Wader-Berlin (mit unbefränkter Redezeit): Die Zahl der politisch organisierten Frauen ist gering, es sind nur etwa 5 Prozent der Männer. Das liegt an den vereinsgesetzlichen Hindernissen, die sie durch freiwillige Beitragszahlung an die Partei umgehen (Bravo!), an der wirtschaftlichen Abhängigkeit und politischen Rückständigkeit der Frau. Leider sind aber auch unsere männlichen Genossen vielfach noch zu indifferent gegenüber der Frauenbewegung. (Sehr wahr!) Das Zentrum hat die hohe Bedeutung der Frau für die politische Macht viel besser erkannt und beherrscht sie nicht nur durch den Beichtstuhl, sondern auch durch die zahllosen Frauenvereine. Auch wir hätten das größte Interesse an der Gewinnung der Frauen, schon um der heranwachsenden Generation willen. (Sehr wahr!) Darum sollte der Parteitag allen Genossen die Pflicht auferlegen, ihre eigenen weiblichen Angehörigen der Organisation zuzuführen. (Lebh. Beifall.)

Linde-Königsberg: Von dem Zuschuß von 44 524 Mk. den wir erhalten haben, haben wir 16 000 Mk. für die „Volkzeitung“ und 16 000 Mk. für unsere 16 Kreise zur Reichstagswahl gebraucht. Unsere Arbeit begegnet den größten Schwierigkeiten, eine Beitragserhöhung ist uns unmöglich. Indessen hoffe ich, daß wir das Schlimmste hinter uns haben und bald der Gesamtpartei Vorteil aus den großen Aufwendungen zubringen werden. (Beifall.)
Die weiteren Verhandlungen werden auf nachmittags 3 Uhr verlegt.

Nachmittags-Sitzung. (Vorbereitung.)

Nach längerer Debatte wird der Antrag Dresden, mit den Lokalfisten reinen Tisch zu machen, zurückgezogen. Der Antrag des Parteivorstandes betr. Lokalfisten findet fast einstimmige Annahme.
Weiter werden angenommen die auf Ausbreitung der „Neuen Zeit“ und „Gleichheit“ bezüglichen Anträge.

Der Antrag, betreffend Wanderbibliotheken, wird dem Parteivorstand übermiesen.

Das Parteivorstandsmitglied Müller referiert hierauf über den Plan der Gründung eines Nachrichtenbureaus. Redner streift den in der Parteipresse entstandenen Streit über das zu gründende Bureau, der nicht recht verständlich sei. Das Nachrichtenbureau solle der kleinen Provinzpartei im Konkurrenzkampf gegen die bürgerliche Presse helfen. Es sollen nur Tatsachen übermittelt werden, Parteibifferenzen sollen im Nachrichtenbureau nicht ausgetragen werden. Die Uniformität innerhalb der Parteipresse werde verringert, weil das Bureau den Redaktionen nur das Rohmaterial liefern soll. Die Parteipresse muß Prinzipienpresse bleiben, aber einen besseren Nachrichtendienst erhalten.

Aber Einzelheiten des Entwurfs lasse der Parteivorstand mit sich reden. Man habe vor Mißbrauch gewarnt, ohne Mittel gegen den Mißbrauch anzugeben. Würden wirksame Mittel vorgeschlagen, werde sie der Vorstand begrüßen. Träger des Instituts, dürfe nur die Gesamtpartei sein. Die Frage sei spruchreif, die Erörterung der Einzelheiten sei im Plenum unmöglich. Deshalb solle eine Kommission von 15 Mitgliedern eingesetzt werden, die noch auf diesem Parteitag Vorschläge mache.

Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Fünfzehner-Kommission. Gemählt werden: Bebel, Müller-Berlin, Geck-Offenburg, Gradnauer-Dresden, Müller-München, Block-Berlin, Richard Fischer, Rudolph-Frankfurt a. M., Vetterlein-Gera, Frau Zieg-Hamburg, Gfftting-Wandsbeck, Lauffenberger-Düsseldorf, Keil-Stuttgart, Kleemann-Leipzig, König-Dortmund.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag verlegt.

Versammlung der Bürgerchaft.

Lübeck, 16. September 1907.
(Schluß.)

Th. Schwarz: Die Raumverhältnisse in unserem neuen Theater lassen viel zu wünschen übrig, deshalb ist es notwendig, die Imprägnierung der Feuerfächer wegen zu vollziehen.

Dr. Vermehren polemisiert gegen Mühsam. Die Vorlage ist sehr sorgfältig geprüft und der Preis des Fundus so weit als möglich heruntergesetzt worden. Im Vergleich zu anderen Städten ist die Summe nicht zu hoch. Die Feuerfächer des Theaters ist im vollen Maße vorhanden.

Dr. Meyer: Die meisten Herren hatten f. Z. gar keine Ahnung von der Höhe des Fundus. In Kiel gibt man für den gleichen Zweck 400 000 Mk. aus. Würde die Feuerfächer durch die Imprägnierung erhöht, müßte dies natürlich geschehen. Aber dies wird nur bei andern Theatern als erwünscht bezeichnet, nicht als unbedingt nötig. Zudem müßte die Imprägnierung fast jedes Jahr erneuert werden. **Baetke** meint, von der geforderten Summe werde die Bürgerchaft nicht abgehen können, man werde froh sein müssen, wenn die Kosten nicht noch höhere würden.

Th. Schwarz: Ich habe die Imprägnierung nur angeführt, weil ich glaube, daß wegen 7000 Mk. die Imprägnierung nicht unterbleiben solle, wenn die Sicherheit damit Gefahr leide.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.
Zum Antrag, Herrichtung von Bungalowen in Travemünde zwischen der verlängerten Rose und dem Gelände der Willenkolonie Neu-Travemünde, erklären die Travemünder Vertreter, sich nicht an der Debatte zu beteiligen, weil sie zum Teil als Besitzer der Ländereien in Frage kämen.

Dr. Wegke regt die Errichtung eines Solbades in Jhralsdorf an.

Thiele wünscht eine Fahrpreismäßigung nach Travemünde und Einrichtung der 4. Klasse dorthin.

Stender will Jhralsdorf für anbaufähig erklärt wissen.

Der Senatsantrag wird angenommen.
Beim Senatsantrag, betr. Zuzahlung von 10 000 Mark an einen Stipendienfonds des Seminars, fordert **Bruno** die Ermäßigung oder gänzliche Aufhebung des Schulgeldes im Seminar; das sei viel besser als die Stiftung einer Stipendiensumme. In der Regel kommen die Stipendien nur solchen Jöglingen zugute, die genügende Jürsprache haben.

Thiele fordert die längst vorgesehene Gasbeleuchtung in der Turnhalle der Burgschule.

Der Antrag des Senates wird angenommen.
Der Senatsantrag, betr. Verordnung, betreffend die Erhebung eines Brückengeldes für die Herrenbrücke, zeitigt eine lange Debatte.

Hahn führt aus, die Herrenbrücke müsse wegen der Neufstädter Dampfer, die überragende Mastenspitzen haben, jedesmal gedreht werden, das sei doch nicht notwendig, die Dampfer sollten die Flaggenmasten abnehmen.

Rud. Thiel stellt den Antrag, das Brückengeld aufzuheben. Aus dem Verkehrsbedürfnis dürfe kein Verkehrsbehinderung gemacht werden, was jedoch durch Erhebung des Brückengeldes geschehe. Die Erhebung eines Brückengeldes sei nicht mehr zeitgemäß.

Richter: Die Frage Hahns ist in der Baudeputation geprüft: Personendampfer können nur schwer mit abklappbaren Mastenspitzen eingerichtet werden.

Hahn wünscht eine Änderung der Monatskarten in der Weise, daß von Tag zu Tag diese ausgestellt werden.

Dr. Neumann erklärt, die Karten könnten nur monatweise ausgestellt werden.

Rud. Thiel plädiert nochmals für seinen Antrag und bittet das Brückengeld aufzuheben.

Senator Dr. Neumann erklärt, der Senat könne auf das Brückengeld nicht verzichten. Die Brücken müßten durch diese Einnahmen zum Teil verzinst werden. Der kostspielige Bau weiterer Brücken wird durch diesen Antrag des Herrn Thiel nicht gefördert.

Prof. Baetke: Ich war früher gegen die Erhebung von Brückengeld, aber ich bin zu der Ansicht gekommen, daß wir daselbe nicht mehr entbehren können.

Rud. Thiel: Wenn die Brücke auch 14 000 Mk. im letzten Jahre eingebracht hat, so ist das erst recht ein Beweis für die Ungerechtigkeit der Erhebung des Brückengeldes.

Röhn macht auf verschiedene Umstände beim Passieren der Brücke aufmerksam.

Klein begrüßt die Erleichterung bei der Erhebung des Brückengeldes, bedauert aber, daß diese Erleichterung in keinem Verhältnis stehe dem Fußgänger und Fuhrwerk gegenüber. Er beantragt statt 5 Pfg. nur 2 Pfg. für einen Fußgänger zu erheben.

Rud. Thiel wünscht auch den Monatsbetrag der Karten herabgesetzt.

Th. Schwarz beantragt die Sätze für Fußgänger, Radfahrer, Hand- und Schiefarten vollständig zu streichen.

Dr. Fehling: Wenn Sie die Anträge des Senates ablehnen, bleiben die alten, höheren Sätze bestehen. Für eine gänzliche Aufhebung ist der Senat nicht zu haben.
Schneider ist für 2 Pfennig Brückengeld für Fußgänger.

Peter Wape weist auf den Widerspruch hin, der zwischen der Erhebung des Brückengeldes und der möglichen Heranziehung von Industrien bestehe. Dadurch werde doch das rasche Emporkommen der Industrie erschwert.

Hahn glaubt, daß durch die Erhebung des Brückengeldes eine Verkehrsverbesserung eintrete und der Ausfall ausgleichend werde.

Der Antrag Thiel, das Brückengeld aufzuheben, wird abgelehnt, ebenso der Antrag Th. Schwarz.

Der Antrag Klein, für einen Fußgänger 2 Pfennig zu erheben, wird angenommen. Abgelehnt werden die weiteren Abänderungsanträge Th. Schwarz und Baetke. Nach verschiedenen weiteren Abänderungsanträgen der einzelnen Positionen wird der Antrag des Senates und des Bürgerausschusses angenommen.

Röhn ersucht den Senat, an der Herrenbrücke eine Schukhütte zu errichten.

Die nur zur Hälfte erledigte Tagesordnung wird um 1/3 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung der Bürgerchaft auf 14 Tage später festgesetzt.

Soziales und Parteileben.

Bergarbeiterbewegung in Schlessien. Im Waldenburger Revier ist die Gebuld der Bergleute erschöpft. Nach fünfmonatlichen Beratungen, nach mehreren Eingaben und Resolutionen sind sie zu der Ansicht gekommen, daß es die Werkherren auf eine Verschleppung der Lohnfrage abgesehen haben. Die Eingabe an das Berggewerbeamt, das als Einigungsamt in Funktion treten sollte, hat bisher eine positive Antwort nicht gebracht. Als dies der Belegschaftsversammlung der Weißsteiner Fußgrube, die am 12. September, morgens, im Annahofe stattfand, mitgeteilt wurde, hätten die Knappen am liebsten den sofortigen Streik proklamiert. Kamerad Hufemann als Vertreter des Verhandlungsstandes gab jedoch bekannt, daß er in einen plötzlichen Streik nicht einwillige. Wer streiken wolle, müsse die Kündigung einreichen, da die Organisation unter allen Umständen mit dem bisherigen Modus der „wilden“ Streiks brechen wolle, damit den Werkherren nicht mehr die vielen Straffnahmen wegen Kontraktbruchs in die Tasche fallen. Die Versammlung stimmte Hufemann etwas widerwillig zu und beschloß in geheimer Abstimmung mit 487 gegen eine Stimme, die Kündigung einzuzureichen. Montags wird zwecks Unterzeichnung der Kündigungsformulare wieder im „Annahofe“ eine Versammlung stattfinden. Sobald die Belegschaften der übrigen Gruben ihren Willen ausgesprochen und die Formulare ausgefüllt haben werden (was schon in den Belegschaftsversammlungen der nächsten Tage geschehen wird), tritt alsbald eine Revierkonferenz zusammen, welche den Tag der Kündigung für das ganze Revier festlegt.

Mit sozialistischen Arbeitervertretern wird niemals verhandelt. Die deutschen Spielwaren-Fabrikanten hatten dieser Tage eine Versammlung, in welcher eine Vereinigung über ganz Deutschland angebahnt werden sollte. Der Zweck des Verbandes soll nach den Ausführungen des Unternehmers H. Samhammer von Sonneberg der sein, „ungerechtfertigten Forderungen der Arbeiter entschieden entgegenzutreten.“ Ferner bemerkte der Herr Samhammer, der Verband werde „mit sozialistischen Arbeitervertretern niemals verhandeln.“ — Abwarten!

Eine Beeinträchtigung der Sozialdemokratie erhofft die bayerische Regierung von der Errichtung gemeindlicher Auskunftsstellen, weshalb sie bekanntlich schon vor längerer Zeit die Stadtverwaltungen ermahnnte, solche Einrichtungen zu treffen. Sie glaubt, daß damit die Arbeitersekretariate, die sie als Hauptstützen der Sozialdemokratie betrachtet, lahm gelegt werden könnten. Die Gemeinden verhalten sich aber dem Verlangen der Regierung gegenüber sehr reserviert, weil die Sache Geld kosten würde, der Staat aber außer seinem guten Räte nichts hergeben will. Deshalb sind diese antisozialistischen Einrichtungen noch sehr dünn gesät, und wo sie bestehen, führen sie ein bescheidenes Weidensdasein und werden sie von den Arbeitern kaum beachtet, weil diese zu den Beamten dieser Stellen kein Zutrauen haben und es mit der bloßen Auskunftsstelle noch lange nicht getan ist. Denn unsere famose Sozialreform und ihre schitanöse Handhabung erfordert auch ein tatkräftiges Eintreten für die mißhandelten Rechtsgutenden. Trotz des Mißerfolges wird die Mahnung von Zeit zu Zeit erneuert, ohne daß es gelänge, mehr Gegenliebe als früher zu finden. So hat der Stadtmagistrat Schweinfurt jetzt neuerdings erklärt, daß für eine gemeindliche Auskunftsstelle kein Bedürfnis vorhanden sei, da jeder, der Auskunft wolle, solche unentgeltlich bei den städtischen Beamten haben könne und außerdem sehr viele Arbeiter durch den — sozialdemokratischen Führer am Orte beraten werden! Diese Begründung wird der Regierung wenig Freude machen.

Ein Musterinstitut. In dem in Essen a. d. R. erscheinenden „Anzeiger für Berg-, Maschinen- und Güttenwesen“ erschien kürzlich folgende Anzeige:

Für eine mittlere Feinagetelei, Maschinenfabrik und Reparaturwerkstatt in Oberschlesien wird ein erfahrener Maschinenschlosser gesucht, welcher befähigt ist, den Kosten eines Vorarbeiters zu bekleiden.

Derjenige muß auch in Transportfahrzeugen, speziell mit der rationellen Herstellungsweise von Förderwagen, Muldenwagen bewandert sein.

Die vorhandenen Arbeitskräfte sind in der Hauptsache Lehrlingen, welche unter der Leitung des Vorarbeiters erzogen werden sollen, d. h. Genannter muß die Gabe besitzen, Lehrlingen heranzubilden, und zwar so, daß dem Arbeitgeber kein Schaden hierbei erwächst.

Schließlich muß Genannter soweit vorgebildet sein, daß derselbe Verständnis für Zeichnungen hat und daß derselbe auch bewandert ist im Lohn- und Akkordwesen.

Gest. Offerten zc.
„Daß dem Arbeitgeber kein Schaden erwächst!“ Unverfrorener kann sich die Lehrlingsausbeutung nicht mehr offenbaren. Was der bedauernswerte Maschinenschlosser den Lehrlingen an Kenntnissen beibringt, ist gleichgültig. Mögen sie nach beendeten Lehrzeit sehen, wo sie bleiben. Nur der aus der Lehrlingsausbeutung fließende Profit darf keine Schmälerung erfahren. Ein solches Musterinstitut ist nicht wert, daß es besteht.

Ein wissenschaftliches Organ der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Unsere tschechische und polnische Bruderpartei besitzt schon seit Jahren ein wissenschaftliches Organ neben den Tages- und Wochenblättern. Die deutschen Sozialdemokraten Österreichs entbehren bisher eine solche Zeitschrift, die vor allem der Besprechung der spezifisch österreichischen Fragen dient, denen die im Deutschen Reich erscheinenden Zeitschriften nur selten Raum gewähren können. Unsere Genossen Otto Bauer, der Verfasser von „Die Nationalitätenfrage“ und die „Sozialdemokratie“, Adolf Rauten, sozialpolitischer Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“, und Reichstagsabgeordneter Karl Kerner, der unter dem Pseudonymen Rudolph Springer und O. W. Sauer bekannte Schriftsteller, haben sich vereinigt, ein solches populär-wissenschaftliches Organ herauszugeben. Es erscheint

